

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Dienstag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Verlagspreis: 19.—25. Nov. 600 Milliarden R. Einzelne Nummern 100 Milliarden R.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 2195 — Schriftleitung Nr. 14574  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontokonto Dresden Nr. 140

Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Einfaß 90 Pf. — Ermäßigung auf Familien- und Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Diebstahlslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesfiskusrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsstelle von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 271

Dresden, Freitag, 23. November

1923

## Der Kanzler empfiehlt sich wohlwollender Nachrede.

Poincaré ist an allem schuld — Bayern und Reich — Die „notwendigen Maßnahmen“ gegen Sachsen und Thüringen — Proteste der Ministerpräsidenten der beiden heimgesuchten Länder — Die Mißtrauensanträge.

### Stresemann's Reichenbegängnis.

Unter dieser vieldeutigen Überschrift begleitet der „Sozialdemokratische Parlamentarierklub“ das gestrige Auftreten des Kanzlers mit folgendem Epitaph:

Von der äußersten Linken mit heiligen Zwischenrufen empfangen, nahm der Reichskanzler vor Karl des Letzten Hause und bei allgemeiner Spannung das Wort zu einer fast zweistündigen Rede. Herr Stresemann begann seine innerpolitischen Ausführungen mit einem Rückblick auf die Ereignisse in Bayern und ermahnte damit von vornherein bewußt jener Schlussfolgerung, die er in Bezug auf den „Ordnungsstaat“ hätte ziehen müssen, wenn er mit den Ereignissen in Sachsen, wie es konsequent gewesen wäre, begonnen hätte. Er wäre in diesem Falle nicht um das Bekenntnis herumgekommen, daß er Sachsen bitteres Unrecht getan hat. Aber selbst seine Kennzeichnung der Vorgänge in Bayern vermag uns nicht im geringsten zu befriedigen, weil er wichtige Dinge unterschlug und ihrer Behandlung, wie leicht aus Angst vor Unpopulanz, auswich. Er brachte zwar seinen Widerspruch über die Bürgerbräufabende zum Ausdruck, fand aber kein Wort für die verfassungswidrigen Handlungen des Generalstaatskommissars und die verfassungswidrigen Verbote der sozialdemokratischen Presse in Bayern. Auch die berechtigten Zwischenrufe über den General Kollow, der heute noch mit Reichsgeldern bezahlt wird und über den Aufenthalt der irregulären Landen an der thüringisch-bayerischen Grenze, für die das bayerische Kabinett immer noch Millionen und aber Millionen zur Verfügung stellen kann, schienen ihm nebensächlicher Natur zu sein, denn er ließ dem Reichstag die Antwort über seine Stellungnahme zu diesen wichtigen Einzelheiten schuldig.

Nach dieser aber als die Ausführungen über Bayern war der Versuch des Reichskanzlers, die Maßnahmen gegen Sachsen zu verteidigen. Aus seinem Verzicht, dem Reichskommisariat Heineke, wie es sonst üblich ist, den besonderen Dank des Kabinetts auszusprechen, dürfte zu entnehmen sein, daß Dr. Stresemann mit dem Vorgehen dieses deutschnationalen Volksparteilers selbst nicht einverstanden war. Das aber hätte offen ausgesprochen werden müssen, und gerade der gegenwärtige Reichskanzler, der selbst eine Reinigung seiner Partei von den Heineke-Politikern wünscht, hätte sich durch eine Mißbilligung des provokatorischen Hinauswurfs der sächsischen Minister viel mehr einen guten Dienst erwiesen können. Der notwendige Reueing seiner Partei ist er aber eine allgemeine Beschönigung der Regierungspolitik gegenüber Sachsen und Thüringen vor und nach einer klaren Antwort auf die Anfrage der Sozialdemokratie aus. Es wäre mehr als angebracht gewesen, wenn Dr. Stresemann bei seiner Erwähnung eines Beschlusses des General Kollow, in dem, nach seinen Mitteilungen, den Truppen eine menschliche Behandlung der Verhafteten zur Pflicht gemacht wurde, gleichzeitig mitgeteilt hätte, daß der Kommandeur des Wehrkreiskommandos IV in seiner Anordnung auch von „unwürdigen Mißhandlungen“ spricht und damit die Vorwürfe gegen die ihm unterstellten Truppen allgemein als berechtigt anerkennt. Nicht nur auf die Bekanntgabe dieser äußerst wichtigen Feststellung in einem militärischen Befehl hat der Reichskanzler verzichtet, sondern er hat es, beikter hinaus, nicht für notwendig gehalten, mitzuteilen, welcher Strafe die schuldigen Soldaten entgegengekehrt worden sind.

Alle in allem: der Reichskanzler ist am Donnerstag zu seinem eigenen Tode, darüber geworden. Er wollte, welche Vorurteile die Sozialdemokratie an eine Andenken der seit langem von ihr angeführten

Daltung geknüpft hatte. Kein Zweifel konnte mehr darüber bestehen, daß, auch bei einer partiellen Aufhebung des Belagerungszustandes, eine neutrale Haltung unserer Fraktion nach allem, was wir während der Ausübung der vollziehenden Gewalt durch die Wehrmacht erlebt haben, unmöglich gemacht worden ist. Wir sind nicht Gegner der Reichswehr, sondern, im Gegenteil, bemüht, ihre schwierige Aufgabe anzuerkennen, und wir denken auch nicht daran, die Befehlshaber für jede einzelne Mißtat der ihnen unterstellten Truppenteile verantwortlich zu machen. Unsere Forderung ist deshalb auch nicht als eine Forderung gegen die Reichswehr zu bewerten. Sie ist begründet in einer auch von den bürgerlichen Mittelparteien anerkannten Rechtsauf-

fassung und sie beruht auf dem Willen, getreu der Verfassung, allen Teilen des deutschen Volkes Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Solange diese Auffassung nicht anerkannt wird, und solange die Einsicht fehlt, daß der gegenwärtige Ausnahmezustand mit dem Tage überflüssig geworden ist, an dem sich zeigte, daß Bayern sich um das Reichsausnahmerecht nicht kümmert, muß jede Regierung darauf gefaßt sein, die Unterstützung der Sozialdemokratie zu verweigern. Herr Stresemann hat darauf verzichtet, sich diesen Standpunkt zu eigen zu machen; er muß infolgedessen auf die Konsequenzen gefaßt sein und sich zum Reichenbegängnis bereit halten.

## Frankreichs Isolierung in der Botschafterkonferenz.

### Keine deutsche Antwort.

Berlin, 22. November.  
Die Pressenachricht, die Reichsregierung beabsichtige, auf die Note der Botschafterkonferenz über die Wiederaufnahme der Militärkontrolle eine Antwort zu erteilen, in der die grundsätzliche Bereitschaft zur Erfüllung der Kontrollparagrafen des Versailleser Vertrags ausgesprochen, aber noch einmal auf die Gefahr von Zwischenfällen hingewiesen wird, entspricht nach Erundigungen an unterrichteter Stelle nicht den Tatsachen.

### Eine englische Drohung.

London, 22. November.  
Reuter veröffentlicht einen Auszug aus dem Bericht des amerikanischen Botschafters in Paris über die Zusammenkunft der Botschafterkonferenz am Montag. Der Bericht meldet: Lord Crewe habe den Botschafter erklärt, Großbritannien hoffe, daß Frankreich die sehr ersten Folgen einer weiteren isolierten Aktion erwidern werde, die darin bestehen würden, daß die Entente in Gefahr käme. Wenn Frankreich entgegen den britischen Wünschen eine solche Politik durchsetzen würde, so werde Großbritannien sich genötigt sehen, seine Vertreter aus den verschiedenen interalliierten Kommissionen zurückzuziehen. Der italienische Botschafter unterstützte die britische Haltung, während der belgische mittelte, er könne sich der französischen Auffassung nicht anschließen, ohne vorher in Brüssel anzufragen. Cambon machte eine erste bedeutende Konzeßion, indem er erklärte, Frankreich beabsichtige nicht, territoriale Sanktionen anzunehmen.

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt: Im allgemeinen könne gesagt werden, daß die britischen Ansichten auf der ganzen Linie gesiegt hätten. Der Pariser Berichterstatter der „Daily News“ betont, daß die Note keinerlei Sanktionen erwähne. Die britische Regierung habe Einwendungen erhoben gegen das von Frankreich beanspruchte Recht, unabhängig Sanktionen gegen Deutschland zu verhängen, falls Großbritannien es ablehnen sollte, sich Frankreich anzuschließen. Der provisorische Vergleich ist das Ergebnis sehr erster Kämpfe. Es kostete große Mühe, Poincaré von der Ausführung seiner neuen Pläne gegen Deutschland abzubringen, welche die Besetzung Hamburgs und Bremens für die nächsten Wochen einschloß. Ohne Mussolini wäre es England sicher nicht gelungen. Diese amtliche Presse hofft zuversichtlich, daß keine deutschen Teil-

Poincaré nun helfen werden. Unklarheit wurde dann hergestellt, daß jedes künftige Vorgehen Poincarés von England als Vertragsverletzung aufgefaßt würde.

### Eine französische Darstellung.

#### Poincaré behält sich volle Handlungsfreiheit vor.

Paris, 22. November.  
In einer von Dadas ausgehenden offiziellen Mitteilung über das gestrige Ergebnis der Botschafterkonferenz heißt es: Entgegen gewissen Londoner Nachrichten über die Vollmacht der interalliierten Militärkontrollkommission werden diese in keiner Weise eingeschränkt. Die noch heute von der Botschafterkonferenz dem General Kollow zugehenden Instruktionen halten den bisherigen Zustand aufrecht. Die Kommission wird den Zeitpunkt für die Wiederaufnahme ihrer Arbeiten wählen. Sie wird über ihr Vorgehen in voller Unabhängigkeit entscheiden. Ihre Beschlüsse werden auf Grund der Stimmenmehrheit oder einstimmig gefaßt, je nach Lage des Falles und vorbehaltlich der Inanspruchnahme der Botschafterkonferenz, falls sich Gegenstände herausstellen. Französischerseits hätte man es vorgezogen, für alle Fälle bereits Sanktionen zu bestimmen, aber die französische Regierung hat dann, um eine Verständigung zu erleichtern, auf diese ergänzenden Garantien verzichtet. Dagegen hat die französische Delegation auch gestern noch daran erinnert, daß Frankreich, falls seine Sicherheit bedroht werde, sich vorbehalten müsse, Maßnahmen allein zu treffen. In dieser Beziehung stelle die Besetzung des linken Rheinufer eine vorläufige Gewähr dar.

Die Kommentare der biesigen Blätter sind fast resigniert. Man findet sich mit den der französischen Regierung abgerungenen Konzeßionen ab, in der Erwägung, daß im gegenwärtigen Augenblick ein Bruch der Entente für Frankreich sehr verhängnisvolle Folgen gehabt haben würde und daß Frankreich im Besitze des Rheinlandes und der Ruhr über Garantien verfüge, die den vorläufigen Verzicht auf neue Sanktionen weniger schmerzhaft erscheinen lassen, zumal von der französischen Regierung neuerdings die Erklärung wiederholt worden sei, daß die im Freundschaftsvertrag festgelegten Räumungsfristen noch nicht zu laufen begonnen hätten. Verschiedentlich wird behauptet, daß Frankreich sich in der Botschafterkonferenz volle Handlungsfreiheit für die Zukunft vorbehalten habe, namentlich auch in Bezug auf das Recht zu einer Sonderaktion im Falle einer Bedrohung seiner Sicherheit. Eine Bestätigung dieser Darstellung wird abzuwarten bleiben.

392. Sitzung vom 22. November.  
Der Reichstag ist durch ein starkes Polizeieingebot gesichert; es wird eine strenge Kontrolle geübt. Abg. Kemmele versuchte mehrfach, das Reichstagsgebäude zu betreten; ihm wurde der Zutritt verweigert. Das Haus ist stark besetzt, die Tribünen sind überfüllt.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Min. mit der Mitteilung, daß Abg. Kemmele für die Dauer von 20 Sitzungstagen ausgeschlossen ist, und daß er von den schärfsten Bestimmungen der Geschäftsordnung Gebrauch machen werde gegen solche Abgeordnete, die durch andauerndes Schreien, fortgesetzte Unterbrechungen oder Gewalttätigkeiten die Amtshandlungen des Präsidenten oder die Redner stören. Darauf erteilt er das Wort dem

### Reichskanzler Dr. Stresemann:

Die Reichsregierung weicht der Entscheidung des Parlaments nicht aus, sondern sie sucht diese Entscheidung sobald als möglich herbeizuführen, da das Land, die Regierung und das Parlament vor eine sehr schwierige Lage gestellt werden müssen. Schlimmeres an Unertlichkeit hat keine Politik je mit sich gebracht, als die Politik, deren Träger bis zur Gegenwart der französische Ministerpräsident ist. Dieser hat nämlich die Aufmerksamkeit der deutschen Reichsregierung auf die totalen Tendenzen, namentlich nationalistischer Art, in Deutschland gelenkt.

Es wäre richtig, irgendwie leugnen zu wollen, daß die Entwicklung in Deutschland dem Extrem zutreibt.

Die Ursachen dieser Entwicklung liegen vollkommen klar. Der französische Ministerpräsident und die französische Politik haben es in der Hand, der Entwicklung zum Extrem und zum Radikalismus in Deutschland den Boden zu entziehen. (Zustimmung.) Das Extrem treibt die Menschen zum Extrem. Der Kommunismus zieht seine stärksten Stützen aus dem sozialen Elend, der Rechtsradikalismus aus den fortgeschrittenen nationalen Demütigungen, denen das Deutsche Reich und jede deutsche Regierung, unbeschadet ihrer parteipolitischen Einstellung, bisher ausgesetzt gewesen ist. (Sehr wahr!)

Wenn man in Frankreich etwa das Empfinden hat, daß das konstitutionelle Leben in Deutschland in der Auflösung begriffen sei, und daß Deutschland sich dem Radikalismus in die Arme wirft, so liegen die Grundlagen dieser Entwicklung in der Politik, die von außen gegen uns getrieben worden ist (Sehr wahr!), auf deren Wegkreuz die einzelnen Gruppen der wirtschaftlichen und sozialen Verwahrlosung Deutschlands gelegen sind. (Lärm bei den Kommunisten. Präsident Ebert verwahrt Abg. Hillein.)

Die innere Lage — ich gebe darin dem Abg. Hergt vollkommen recht — ist hoffnungslos. Ich bemerke in aller Öffentlichkeit: ich sehe auch keinen Weg, vorläufig diese trostlose Lage zu bessern. Außenpolitisch kann man mit vollem Recht die Frage stellen: Warum habt Ihr mit Frankreich zu verhandeln gesucht? Aber auch wenn man sich der Aussichtslosigkeit der Verhandlungen bewußt gewesen ist, hätte man den Versuch zum Verhandeln machen müssen. (Zustimmung.) Rhein und Ruhr sind viel zu bedeutsam, als daß man nicht das letzte an Verhandlungsmöglichkeit hätte erschöpfen müssen. (Lebhafter Zustimmung.) Bei der Aufgabe des passiven Widerstandes habe ich der großen Gefahr darüber Ausdruck gegeben, ob diese Aufgabe des Widerstandes die Wirtschaft im Ruhrgebiet wieder in Gang bringen und erträgliche Verhältnisse dort schaffen werde.

Meine Stellung hat sich verändert. Die Verhandlungen sind vergeblich gewesen und zwar, weil die idealen und materiellen Kräfte zu erschöpft waren. Bisherig war eine Wahrung dieser großen, glühenden Begeisterung möglich, solange wir auf der Höhe der idealen und materiellen Leistungsfähigkeit in diesem passiven Widerstande waren. Dieser Zeitpunkt ist verstrichen.

Die Verhandlungen der Regierung haben versucht, das Reparationsproblem zu lösen auf der Grundlage weitgehender deutscher Sachleistungen. Wir boten eine unmittelbare Haftung dieser Sachleistungen für die daraus zu erzielenden Leistungen



an. Wir haben den Versuch gemacht, die Sachverhalte als Grundlage zu gewinnen zur Erhöhung der deutschen Leistungen. Bisher ist dieser Versuch noch einmal mit Aussicht zu unternehmen in einer erneuten internationalen Sachverständigenkonferenz zur endgültigen Lösung des Reparationsproblems. Die Aufrechterhaltung normaler Beziehungen in der Weltwirtschaft ist nur möglich, wenn Deutschland innerhalb derselben zu atmen und zu leben vermag. Der Versuch der Regierung,

**zu einer stabilen Währung zu gelangen,**

ist der beste Beweis dafür, daß Deutschland nicht der Träger eines Dumping-Systems ist, mit dem es andere Länder niederkonkurrieren versucht. Wir müssen versuchen, aus eigener Kraft zu stabilen Währungsverhältnissen zu gelangen.

Anfolge der trostlosen Verhältnisse, die sich nunmehr der ganzen Welt ausbreiten, sehen sich alle Völker vor die Notwendigkeit gestellt, die Dinge nicht mehr so weitergehen zu lassen. In diesem Sinne sind wir zu einer neuen diplomatischen Konzeption gekommen. Die charitative Leistung anderer Völker für Deutschland kann das Übel der deutschen Gegenwart nicht lösen; aber allen möchte ich herzlich dank sagen, die der deutschen Not sich angenommen haben. (Zehh. Weisfall.) Aber wir sind im wesentlichen auf die eigene Kraft unseres Landes angewiesen.

Bei der Aufgabe des passiven Widerstandes haben wir erwartet, daß zur Herstellung und Angleichung des Wirtschaftslebens im besetzten Gebiet Verhandlungen von Regierung zu Regierung stattfinden würden; denn ausdrücklich und offiziell ist erklärt worden, daß 24 Stunden nach Aufgabe des passiven Widerstandes Verhandlungen zwischen den Regierungen über alle Fragen beginnen würden. (Dort! Dort!) Dann stellte man aber plötzlich die Fiktion auf, der passive Widerstand sei gar nicht aufgegeben, weil wir die Beamten und Arbeitslosen noch drei Monate weiter unterstützen. Es war selbstverständlich, daß die Aufgabe des passiven Widerstandes nicht gleichbedeutend sein konnte mit dem Aufgeben finanzieller Hilfe für das besetzte Gebiet.

Für den großen Wirtschaftswart, der eingetreten ist, sind in erster Linie diejenigen verantwortlich, die es abgelehnt haben, über eine Regelung mit denjenigen zu verhandeln, die an erster Stelle berufen sind, durch ihre Verwaltung die Dinge in Ordnung zu bringen. Wir haben die Verhandlungen verlangt; wir sind aber damit bis heute nicht durchgekommen. (Zehh. Dort! Dort!)

Das ist ein Stand in den Beziehungen der Völker. (Stürmische Zustimmung.) Da man die Regierung ausschaltete, mußte sie einzelne Teile der Bevölkerung beauftragen, ihrerseits Verhandlungen zu beginnen. Ich bin ganz bereit, diese ganzen Verhandlungen in einem Weisheits mit allen Protokollen dem Reichstag zur Verfügung zu stellen. Für die Paraphierung der Verträge hat

**die Frage der Arbeitszeit**

gar keine Rolle gespielt. Für die Regelung der Arbeitszeit gelten nur die deutschen Gesetze. Bei den Verhandlungen haben wir uns berzertelt, obwohl die Reparationsleistungen zahlen, die Garantie zu übernehmen für die Kohlenlieferungen der Industrie an Frankreich und Belgien und für die Zufuhr der Kohlen-Kreuzer. Diese Leistungen sollten erfolgen nach Sanierung der Reichsfinanzen; gewisse Steuern sollten angesetzt werden. Wir hätten uns, obwohl wir ein Moratorium und eine internationale Anleihe brauchen, doch moralisch verpflichtet, das wirtschaftliche Leben im Ruhrgebiet wieder in Gang zu bringen. Aber es war unmöglich, durch eine Unterschrift der Reichsregierung auch noch den Ruhrstreik zu legalisieren. Wenn

ich anerkannt hätte, daß die Kohlenlieferungen nicht auf Reparationskonto, sondern auf Bezahlung des Ruhrstreiks angesetzt werden sollten, dann hätte ich den Ruhrstreik legalisiert. (Sehr wahr!) Eine solche Erklärung der deutschen Regierung wäre auch eine Abkapitulation gegenüber den anderen alliierten Mächten.

Leider ist die deutsche Politik bei den gegenwärtigen Verhältnissen vielfach zu einem Objekt der Währungsentwicklung geworden. Wir müssen den Staat zu balancieren suchen, sonst können wir keine feste Währung erzielen. Bisher haben wir mit Verzialität gegenüber dem Einzelnen vorgehen; aber hier handelt es sich darum, den Staat zu erhalten.

Gegenüber der Rentenbank sind wir verpflichtet, unsere Kredite zu begründen. Denn die Rentenbank ist ihrerseits verantwortlich für die von ihr ausgegebenen Rentenbriefe. Es ist notwendig, daß eine baldige Lösung der Arbeitslosenfrage eintritt; ohne eine solche Lösung ist die Einbindung unserer Wirtschaft überhaupt inbeständel. (Zustimmung bei den hitzigen Parteien, Unruhe links.) Eine Erhöhung der Arbeitszeit muß die Zahl der Arbeitslosen nicht unbedingt vermindern. Es kommt vielmehr darauf an, ob die Unternehmungen auch Aufträge erhalten und im Auslande das Empfinden besteht, daß die Produktivität der Wirtschaft wieder einleht. (Sehr wahr! rechts, Unruhe links.) Im Ruhrgebiet herrscht keine volkswirtschaftliche Arbeitslosigkeit.

Wenn man es so hinstellt, als ob eine Rechtsentwicklung der Reichsregierung eingetreten ist, leidern die Sozialdemokraten und ihr ausgeschiedene Lind, und Herr Jarres gekommen ist, so darf ich auf eins hinweisen, daß die deutsche Reichsregierung bei ihren Maßnahmen die volle Unterstützung des preussischen Staatsministers hat. In dem Augenblick, wo nicht eine politische erzwungene Arbeitslosigkeit dauernd an Rhein und Ruhr bestehen bleibt, ist die selbstverständliche Folge auch die gleiche Behandlung von Rhein und Ruhr.

Es gibt wohl niemand, der nicht mit tiefer Erschütterung die Vorgänge begleitet hat, die sich am 7. und 8. November in München abspielten. Der Abg. Hergt stellte nur fest, die Reichsregierung sei schuld, sie habe die Explosion herbeigeführt. Das erste Erfordernis für eine Reichsregierung ist doch Autorität nach innen; daran mag es wohl fehlen, aber soweit Autorität wie die verfassungsmäßige Regierung in Bayern haben wir auch gehabt. (Große Heiterkeit.) Die Maßnahmen, welche die Reichsregierung am Abend des 8. November getroffen hat, sind ganz klar und eindeutig gewesen. Wir hatten alle Veranlassung, die verfassungsmäßige Regierung in Bayern zu stärken. Es wäre politisch falsch gewesen, die Auseinandersetzungen zwischen den Verantwortlichen am Tisch eingreifen zu wollen. Die Vorgänge in München haben eine bedauerliche Wirkung für die Stimmung im besetzten Gebiet gehabt. Ohne den Beschluß der Regierung am Abend des 9. November wären die Vorgänge in München wahrscheinlich

**nicht auf München beschränkt geblieben.**

Mancher, der vor der Proklamation der deutschen Reichsregierung stand und sah, daß entsprechende Maßnahmen getroffen worden seien, hat sich sicher überlegt, ob er ihnen folgen könnte, die dezentral vorgegangen sind. Wichtiger als ein Rückblick ist die unbedingte Notwendigkeit der Rückkehr Bayerns zu verfassungsmäßigen Zuständen. Die Autorität der Reichsregierung darf nicht zerbrechen; Zweifel an der Verfassungstreue der Reichswehr sind ungründet. Die Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich bedürfen der Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen und der Unterstellung der Reichswehr unter

die Oberleitung. Dieser Gedanke hat sich auch in weiten Kreisen Bayerns schon durchgesetzt. Innerhalb der Reichsregierung haben bereits Besprechungen stattgefunden, inwiefern eine Änderung der jetzigen Verfassung gegenüber den Ländern möglich ist. Auch über die Frage der größeren Zentralisation des Reichswesens und über die Steuer- und Finanzhoheit ist die Reichsregierung demüht, zu einem Einverständnis zu kommen. Die Länder müssen sich glücklich im Reiche fühlen. Voraussetzung ist aber, wenn man die Verfassung ändern will, die Achtung der Verfassung, die man ändern will.

Es wäre eine gute Tat, wenn der Abg. Hergt seine Ausführungen über die Achtung der Konstitution auch an die Münchener Studentenchaft, angesichts ihres Auftretens gegenüber dem Kardinal Faulhaber, richten wollte. Es wird so hingestellt, als ob in Sachen eine hitzige Rede gehalten habe bis zum Eintritten der Reichswehr.

Vom ersten Tage meiner Reichsministerhaft an habe ich wiederholt Veranlassung gehabt, den damaligen Reichspräsidenten Dr. Zeiger zu hinarufen auf die Terrorakte gegen das gesamte Bürgertum in England. Die Entsendung der Reichswehr wäre nicht erfolgt, wenn man nicht von ihrer Notwendigkeit überzeugt gewesen wäre. Ein militärischer Befehl ist bereits ergangen, der sich gegen irgenwelche Verhältnisse gegen die Größe und gegen Willkür wendet.

Manche bedauerlichen Vorgänge hätten wir überhaupt nicht erlebt, wenn nicht die kommunistische Agitation in Sachen sie hervorgerufen hätte. (Großer Beifall bei den Kommunisten.) Durch die kommunistische Betriebsräte-Zentrale ist in unerhöhter Weise gegen die Reichswehr gehetzt worden.

Die Vertreter der Arbeiterparteien haben mir auch die Frage vorgelegt, ob der Reichsausschusszustand in den ruhigen Teilen des Reiches nicht durch den zivilen Ausnahmezustand ersetzt werden könnte. Auf der Konferenz der Reichspräsidenten habe ich mich grundsätzlich zur Aufhebung des Reichsausschusseszustandes bereit erklärt, sobald die Verhältnisse es gestatten würden. Die Aufhebung des Reichsausschusseszustandes kann, meiner Meinung nach, erfolgen in den Gebieten, in denen Ruhe herrscht und die Gewähr der Aufrechterhaltung dieser Ruhe gegeben ist.

**Ausgabe wertbeständigen Geldes**

magie unbedingt so lange gewagert werden, bis die größten Ausgaben für das besetzte Gebiet erledigt und beendet waren; sonst würde das wertbeständige Geld sich eben unendlich lange wertbeständig erhalten können. Die Schaffung einer Zwischenwährung ist unbedingt nötig gewesen. Das Reichsfinanzministerium und das Reichsministerium für Arbeit und Wohlfahrt müssen in kurzer Zeit verabschiedet werden. Das Reich braucht ausländische Kredite. Was in der Presse steht von Verhandlungen mit amerikanischen Finanziers ist offiziell an die Reichsregierung nicht gekommen, hingegen das Anerbieten des Vorsitzenden des Reichsgrundbesitzer-Verbandes, einen Kredit von mindestens einer Milliarde Goldmark zur Beschaffung von Lebensmitteln zu geben, allerdings unter der Voraussetzung einer Gewähr für die Schaffung einer stabilen Währung.

Der Abg. Hergt hat am Schluß seiner vorgerichtigen Rede erklärt, der Entfall des Bankens der großen Koalition müsse mit ihr stehen und fallen, und in diesem Zusammenhang von der Vertrauensfrage gesprochen. Ich habe keine Veranlassung, dieser Erörterung anzuschweifen. Nach dem verlorenen Frieden sind wir aber erst jetzt in die Liquidation des verlorenen Krieges eingetreten; jahrelang haben

wir und Aven die Folgen geträumt, jetzt erst sehen wir sie in ihrer ganzen Größe. (Beifall vor uns.)

Die Politik Frankreich will das deutsche Volk für ewige Zeiten zum Fremdenknecht herabwürdigen. Demgegenüber gibt es nur eine Waffe, die Solidarität, das einzige Mittel einer richtigen Außenpolitik. Die Deutsche Volkspartei würde sich selbst aufgeben und ihrer Bestimmung unterwerfen, wenn sie eine Entwidlung mitmachen wollte, die grundsätzlich zwischen nationalen und antinationalen Parteien unterscheidet. Nicht Revolution, nicht Gegenrevolution, sondern

**Evolution und Zusammenfassung aller Kräfte**

müssen die großen Gedanken sein, die uns leiten. Ich spreche das Bedauern ruhig aus, daß die große Koalition zusammengebrochen ist, und zwar in Übereinstimmung mit Herrn v. Raht, der, als er bayrischer Ministerpräsident wurde, auch das Bedauern darüber ausdrückte, daß es ihm nicht gelungen sei, die Sozialdemokratie zur Mitarbeit zu bringen (Dort! Dort! und Heiterkeit.) Das parlamentarische System macht in Deutschland die Kinderkrankheiten durch; es läßt sich eben die ganze deutsche Entwicklung. Wenn die Konzeption und Traumbildungen so weitergehen, werden die Persönlichkeiten immer geringer werden. Wir sind die Parteien als Träger des Idealismus doch lieber als wirtschaftliche Interessenvertreter. (Sehr wahr!) Wenn auch die politischen Parteikämpfe gehässig sind, so entscheiden letzten Endes über das Schicksal der Parteien doch nicht die aktuellen Tagesfragen, sondern die Idee. Der Sozialismus wäre in Deutschland nie so groß geworden, wenn das Bürgertum seiner Idee eine andere große Idee entgegen gestellt hätte. (Sehr wahr!)

Wir scheitern, daß zurzeit mehr eine Paria-mentarische Verfassung als eine Kabinetsverfassung durch ein anderes legt doch voraus, daß ein Kabinett des Vertrauens da ist, daß Persönlichkeiten da sind, die sagen: „Männer denken klar, damit ich mich darauf lege!“ (Beifall.)

Sie haben das Recht und die Pflicht, Ihr Urteil zu sprechen. Schließlich gibt es einen, das aber uns allein entscheidet, das ist unser Gewissen. Wir hatten Ihre Entscheidung in der Überzeugung und in der Gewissheit, daß wir unsere Pflicht gegenüber dem Lande getan haben. (Lebhafte Beifall bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum und bei den Demokraten. Handklopfen auf den Tribünen, das den Präsidenten zu einer Rede veranlaßt.)

**Antrag der Deutschnationalen**

eingegangen: „Der Reichstag entzieht der Reichsregierung das Vertrauen, dessen sie nach Artikel 94 der Reichsverfassung bedarf.“

**Reichsfinanzminister Dr. Lütger**

schleiert damit die ungeheure Finanznot des Reiches, die zu härtester Sparpolitik zwingt. Die Stilllegung der Rotenpresse sei unter dem Tausch der Löhne geschahen, daß die Markierung ihren letzten Lebenshauch abgegeben hat. Wenn es nicht gelingt, die Ausgaben herabzusetzen und die Einnahmen zu erhöhen, dann gibt es für das deutsche Volk keine Lebensmöglichkeit mehr. Eine neue energiegelbe Steuerpolitik auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung muß durchgeführt werden. Die Steuerforderungen werden in seiner Weise niedriger sein als die meines Amtsvorgängers Hilsbrunner. Wir werden bis zum 30. September 1934 zu einer allmählichen Herauslösung der Wirtschaft aus der Liquidation unserer Geldes bemerkbar sind, werden mit

**Fr. A. Gotsch.**

Das graphische Kabinett Ersurich zeigt in diesem Monat Gemälde und graphische Arbeiten von Fr. A. Gotsch. Dieser junge Maler ist Schüler Oskar Kokoschkas gewesen. Er ist ganz frohes ein über den Durchschnitt hinausstehendes farbtliches Talent, während er sich zeichnerisch noch im Werden befindet. Wie ein Selbstporträt und ein paar frühe graphische Arbeiten von ihm erweisen, ist er aus dem Impressionismus hervorgegangen. Aber die Malerei der nackten Wirklichkeit ist augenscheinlich seine Sache nicht. Er will mehr geben als nüchternes Alltagsleben. Ohne geradezu Expressionist zu sein, geht er Wege, die nahe bei den Grenzbezirken des Expressionismus liegen.

Er geht diese Wege, nach meinem Gefühl, zu früh. Er ist innerlich noch nicht reif genug, um aus reinem Gefühl heraus zu malen; er kann die reale Welt noch nicht entbehren. Ich schließe das vor allem daraus, daß er sehr eindringlich wirkt, wenn er einen Naturvorgang schildert, aber eindringlos, wenn er sein Seelisches zu geben versucht. Sodann aber auch daraus, daß er zunächst noch im Landschaftlichen die besten Leistungen erzielt als im Figürlichen. Die farbigen Arbeiten, die er zeigt, sind in den vorwiegend landschaftlichen Motiven („Mädchen am Strand“, „Däuser in den Dämmern“) ungleich charaktervoller als die figürlichen („Hedespast“), in denen viel Kaugefühles (im Gauvain und Manu erinnern) auftaucht. Aber gerade das Figürliche ist es, das ihn augenscheinlich künstlerisch weit mehr reizt als das Landschaftliche. Dabei darf ohne weiteres zugegeben werden, daß er Manierel in seiner Hand vereint, was ihn zum Figurenmaler prädestiniert, vor allem zum Porträtisten. Nur sollte er zunächst noch reger mit dem Wirklichen in Verbindung bleiben, als er das tut, weil die wirklich schöpferischen Kräfte noch nicht genügend in ihm entwickelt sind.

Bewundernswert ist sein farbliches Können oder richtiger: sein farbliches Gefühl. Denn er ist auch als Kolonist noch keineswegs ein fertiger Künstler; aber er ist, unter allen Umständen, ein Maler, der in der Farbe geradezu aufsteht. Auf seiner Palette liegt schmelzender Reichtum, und schon heute, noch als werdender, vermag er diesen Reichtum nicht, sondern vermagt ihm mit weicherer Wägung, aber im Vollgefühl seines Wertes. All seine weitere künstlerische Entwicklung steht im Zeichen seiner farblichen Arbeit. Und an sie muß er auch denken, wenn er sich graphisch betätigt. Es gibt auch eine Graphik, die farblich wirkt. Die Graphik dieses jungen Malers tut das nicht. Das kommt daher, daß er sie zu sehr mit Gebanndem, Gefühlsmäßigem belastet. Das verdrängt seine graphische Arbeit nicht; sie will koloristisch erfüllt sein wie seine Gemälde.

**Die erwürgte Menschheit.**

Wie der Verlag „Friede durch Recht“ (Ludwigshafen i. W.) mittels V, hat der Befehlshaber des Reichswachtregiments V, von dem genannten Verlag herausgegebene pazifistische Zeitschrift „Die Menschheit“ ohne Angabe von Gründen und ohne Begründung verboten. Reichswachtminister Dr. Wehler antwortete auf eine an ihn gerichtete Anfrage, daß er das Verbot billige. Auch ein Appell der Deutschen Friedensgesellschaft an den Reichskanzler, worin insbesondere auf die unangenehme außenpolitische Wirkung des Verbots hingewiesen wurde, blieb erfolglos. Wegen den Herausgeber der „Menschheit“, Frau Köttcher, ist überdies, wie wir bereits mitteilten, Anklage erhoben worden. Eine Unterbrechung mit dem Kommandeur des Reichswachtregiments V, die kürzlich in dieser Angelegenheit stattfand, ergab als Resultat lediglich das Zugeständnis, daß die Aufhebung des Verbots „in Erwägung gezogen“ werden soll. — Der Pazifismus in Deutschland ist damit bis auf weiteres eines wertvollsten Mittels der Aufklärung und des Kampfes beraubt.

**Justitia regnorum fundamentum.**

Wer mir liegt, wie von ohngefähr, eine Ansicht des Plahes vor der Wiener Burg, wiedergegeben auf dem Programm einer pazifistischen Kongressstimmung.

Es ist nicht unheimlich, daß ich die Entlichkeit gerade aus diesem Anlaß wiederhole? So, als schloße ich hier in der Erinnerung ein Ring tropischen Geschens . . .

Vor 22 Jahren sah ich hier den Einzug der über Wien heimkehrenden deutschen Minakriegler. Was ritten die Sieger in ihren smarten Kaskiformen und Tropenhelmen stolz und erhaben durch das Burgtor ein! Die Offiziere natürlich. Denn die Mannschaft zu Fuß — die ließ sich zwar zusammen und hielt Schritt (sogar Stechschritt), aber manch einer der Sonnegebräunten wandte mich im Juge und blühte flinker: fast wie die Heimkehrer von 1918.

Inbes: die schneidige Militärkapelle spielte, zu Ehren des greisen österreichischen Sekundanten und Bundesgenossen, der drinnen im Burghof an der Treppe wartete, unermüdetlich den Maderpomp.

Denn man hatte, Schlichter an Schlichter und an der Spitze der vollzählig vertretene europäische Zivilisation, die bösen „Boxer“ in China Wortes gelaht. Die Völker Europas hatten, um mit Wilhelm II. zu reden, ihre heiligsten Güter gewahrt. („Dah nie wieder ein Chinese es wage, einen Deutschen schiel anzusehen . . .“). All dies, weil das chinesische Volk (alias „Boxer“) sich endlich enthiessen hatte, gegenüber den Europäern, vor allem aber gegenüber den Deutschen, den damaligen Wortführern des westlichen Kolonial- und Industrieimperiums, den Bahndrechern der Ostasienpostung (lies: des Ostasienpostens) in China von seinem Handrecht Gebrauch zu machen.

Die preussisch-europäische Zivilisation hatte

Aber dem monumentalen Burgtor aber, durch das die siegreiche Zivilisation unter den hartnäckigen Klängen des Maderpompes hindurchtritt, steht, als angeleglicher Wappstein Kaiser Franz I. (von der liebe Teufel, wie gerade er zu diesem Tage kam): „Justitia Regnorum Fundamentum“.

Gerechtigkeit — die Grundmauer der Reichs. Ja, es ist doch etwas Schönes daran, sein Politik auf so grandiose Leib- und Leinwand stützen zu können!

Heute droht der Spruch vom Burgtor herab, als übersehene Menetekel. Und die Edelkavalier aus Peking (alias „Boxer“) bilden noch immer speck auf die armen deutschen Ordnungsmacher.

Violin-Konzert. Etich Dajebau. In den thätigsten Vertretern seines Instrumentes unjanz Kapelle zählten, stellte sich Etich Dajebau geteilt im Palmengartenpark einem Orchester vor. Dieban kam, nebenbei bemerkt, auf dem Umwege über das Philharmonische Orchester aus der Altenbergt Hofkapelle in unsere Staatskapelle. Der Künstler hatte sich zum Mitwirkenden am Klavier den jungen begabten Alfred Kunzsch bestellt, mit dem er als erste Nummer Mozarts Fis-moll-Sonate spielte. Reiderweis eine ganz vorzügliche Leistung. Die Wiedergabe dieses, so ganz dem Regierten Geist widerspiegelnden Werkes, zeigte sein auf Braut und Hoch stehendes künstlerisches Empfinden und dabei doch eine bis zum Eigenwillen harte Rechenheit. Raum minder bewährte sich Dajebau als virtueller Bach-Interpret mit der G-moll-(Solo-)Sonate, die er, mit recht zu Takt, mit maßvoller Temperaments vortrag. Mozarts B-dur-Sonate stand als harmonischer Abschluss auf dem Programm. D. S.

Erstes Lehrerfestungsvereins-Konzert. Ein fast jeßelnder Abend! Eingeleitet wurde die Vortragsordnung mit Robert Schumanns selten gehört und beliebter „Waldes“ „Bergweisse“ und dem „Schmerzenthal“ für Toppfeifer und seinen Chor. Ein anstößiges schallendes Tomemilde von Bruchner



# Neue Drohungen Bayerns.

## Das alte Lied.

München, 22. November.

In einer Rede auf einer Versammlung des Christlichen Bauernvereins in Trossen erklärte der Abgeordnete Dr. Schillkötter u. a.: Die staatspolitische Lage Bayerns sei durch die Vorgänge am 8. und 9. November abgeklärt worden. Eine Verletzung des Vaterlandes könne nur dann erreicht werden, wenn die gesamte Nation sich, ohne Unterschied der Klassen und Berufsstände, im festen nationalen Bewußtsein zusammenschließe. Bis zur Wiederkehr ruhiger Verhältnisse müsse der Generalkommissar im Amt bleiben. Ferner müßten der Wirrwarr in den vaterländischen Verbänden beseitigt und die einzelnen Wehrorganisationen dem bewährten General v. Epp unterstellt werden. Der Redner forderte weiter die Schaffung einer sogenannten Elitekammer neben der Volkskammer. Dazu müsse Bayern ein stabiles, den Staat repräsentierendes Oberhaupt bekommen.

Die Machgiebigkeit des Reichs gegen die bayerischen Umtriebe trägt ihre Früchte. General v. Epp war „wegen seines hohen Alters“ durch General v. Lossow ersetzt worden, der damals als republikanisch zuverlässig bezeichnet wurde. Nun soll, nach angestrichelten Wünschen, der unruhig bekannt gewordene Herr v. Epp unter einem den Staat repräsentierenden Oberhaupt die Geschäfte Bayerns leiten! Ein Urteil über die Absichten erübrigt sich.

## Hindenburg rät den Konterrevolutionären zur Ewigkeit.

Hannover, 22. November.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg veröffentlicht folgende Kundgebung: Ich beklage es tief, daß deutsche, von gleicher Vaterlandsliebe befeuerte Trüder sich in München feindsich gegenübergestellt sind und damit, zur Freude unserer Gegner, einen Ruf im Volksleben geschaffen haben. Reicht euch, wie wir Alten es 1866 auch getan haben, aber die Gräber der auf beiden Seiten im letzten Kampfe an ihr gutes Recht Gefallenen hinweg zur Verjüngung in die Hände. Unser armes Vaterland bedarf in seiner größten Not doppelt der Einigkeit. gez. v. Hindenburg.

## Gegen die Verfolgung der Hochverräter.

München, 22. November.

Die vom Oberreichsanwalt erlassenen Haftbefehle gegen die Rührer Hochverräter wurden in Bayern erwartungsgemäß mit neuen Trohungen gegen das Reich beantwortet. Nun nimmt der „Bayerische Kurier“, ein führendes Organ der bayerischen Volkspartei, in politisch-sensationaler Weise Stellung zu dem Verlangen des Oberreichsanwalts.

„Von Bayern wird nicht bestritten werden können“, so lautet der in Frage kommende Passus des Artikels, „daß die Teller, um deren willen der Oberreichsanwalt die Haftbefehle erlassen hat, zugleich auch einen Hochverrat gegen das Reich darstellen, und daß daher an sich eine Zuständigkeit der Reichsgerichtsbarkeit besteht. Obgleich auch in Zweifel gezogen werden, daß eine Verhängung des Konfliktes zwischen Bayern und dem Reich

um eines solchen Anlasses willen vom bayerischen Volke selbst nicht verstanden werden würde. Die Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß den Ausgangspunkt und den Anlaß all der großen Konflikte, die zwischen Bayern und dem Reich in den letzten Jahren schwebten, rechtsradikale Verbrechen und Vergehen bildeten, und daß es kein rechtsradikales Unstun waren, die den früheren Machthabern im Reich den Vorwand zur Erhebung ihrer unantastbaren Forderungen gaben. Die Sachlage hat Bayern bei den früheren Konflikten trotz seines guten Rechtes in einer Weise moralisch belastet, daß diese Belastung nur schwer getragen werden konnte. Wenn nunmehr ein Verbrechen, das Bayern an den Rand des Abgrundes brachte, ein Verbrechen, das zum Teil von Personen verübt wurde, die von glühendem Haß gegen Bayern befeuert sind, Anlaß zu einem neuen, schweren Konflikt zwischen Bayern und dem Reich bilden sollte, so würde das in Bayern nicht begriffen werden.“

Es ist gewiß ein überraschendes Eingeständnis, daß die seit Jahr und Tag vom offiziellen Bayern verhängenen Rechtsradikalen die eigentliche Ursache der ewigen Konflikte zwischen Bayern und dem Reich waren. Früher lag, nach der Ansicht derselben Leute, alle Schuld ausschließlich beim Reich, insbesondere bei den jeweils unabhängigen republikanischen und sozialdemokratischen Reichsministern. Wer dieser Ansicht entgegentrat, wurde als Hehrer gegen Bayern verdächtigt und gebrandmarkt.

## Die langende Sinneänderung.

München, 22. November.

Der als radikaler Federalist häufig hervorgetretene Abg. Schäffer von der Bayerischen Volkspartei hat in einer Rede in Tillingen bei der Besprechung von Verfassungsfragen mitgeteilt, Reichsarbeitsminister Brauns habe jüngst dem Abg. Held gegenüber geäußert:

„Ich sehe als ein befehrter Säuberer vor Ihnen, ich war ein befehrter Unionist, aber heute sehe ich ein, daß der Zentralismus das Verderben Deutschlands ist, und daß Weimar Deutschland ins Anglück bringt.“

Schäffer erklärte weiter, zur Schwedens ernannte Verhandlungen über die Zentralisierung der Finanzverwaltung und des Verkehrswesens. Die Länder sollten auf Grund dieser Verhandlungen ihre Eigenständigkeit wieder zurückerhalten.

## Neue Einberufung des bayerischen Landtages!

München, 22. November.

Die Bemühungen der sozial demokratischen Landtagsfraktion, an geicht der politischen Vorgänge in Bayern den Zusammenritt des Landtagsplenums zu erreichen, sind ergebnislos geblieben. Sämtliche bürgerlichen Parteien haben sich dahin geeinigt, daß der Ständige Ausschuss des Landtags am Mittwoch, dem 28. November, zusammentritt, um eine Reichs-Konferenz wirtschaftlicher Maßnahmen zu beschließen. Der Ministerpräsident hat sich erklärt, in diesem Anlaß eine Erklärung der Staatsregierung über die letzten Vorgänge in Bayern abzugeben, wenn sich eine Aussprache schließen soll.

dies für mich die letzte Möglichkeit geblieben ist, nachdem ich alle Wege bis zur höchsten Stelle, bis zum Reichspräsidenten, gegangen bin. Die Reichswehr hat zu ihrer Auffüllung anti-republikanische Studentenverbindungen in Anspruch genommen. Der militärische Ausnahmezustand ist geradezu eine Gefahr für die Republik geworden; er muß mindestens durch den zivilen ersetzt werden.

Abg. Ledebour beantragte zur Geschäftsordnung, den Reichstanzler aufzufordern, jetzt die Tatsachen mitzuteilen, mit denen die Absehung der sächsischen Regierung gerechtfertigt wurde.

Reichsminister Dr. Gehler: Ich werde erst morgen auf die Mitteilungen des Reichstanzlers antworten können, wenn ich das Material eingesehen habe. Den schärfsten Protest aber lege ich gegen die hochverräterische Absehung des Abg. v. Graefe ein, seine Partei wisse sehr genau, daß sie alle unantastbaren Verträge nur mit Hilfe der Reichswehr machen könne.

## Sächsischer Ministerpräsident Felsch

erklärt, Sachsens Bevölkerung entbehre nicht nur der verfassungsmäßigen Rechte, sondern der selbstverständlichen demokratischen Rechte, obwohl an ihrer Reichstreue niemals ein Zweifel gewesen sei. Sie empfinde den Ausnahmezustand als bitteres Unrecht. Für den Reichswehrminister habe es nie einen Anlaß gegeben, (Lachen rechts.) Einzelne bedauerliche Ausschreitungen seien, infolge Arbeitslosigkeit und Not, wie in anderen Gegenden auch in Sachsen vorgekommen, aber dagegen habe immer die Polizei ausgeteilt.

Unverantwortliche Aberteilungen in der Preije hätten der sächsischen Industrie bei ausländischen Auftraggebern schwer geschadet. In Sachsen sei die Rechts- und Eigentumsicherheit zu jeder Zeit mindestens ebenso groß gewesen wie in jedem anderen Lande. Der Minister trägt ebenfalls eine Reihe von Fällen vor, in denen in Sachsen von der Reichswehr Vergewaltigungen und Mißhandlungen von Staatsbürgern vorgenommen seien. Der Wehrkreiskommandant habe auch in die innere Verwaltung des Landes eingegriffen, indem zum Beispiel Polizeibeamte abgelehrt wurden. Das Vergehen gegen die sächsische Regierung spreche sich deshalb heute nicht weil diese Angelegenheit vor dem Staatsgerichtshof schwebt.

Der Wehrkreiskommandant hat sogar die sächsische Regierung der Mißbilligung einer Strafbaren Handlung nach § 354 des Strafgesetzbuchs beschuldigt. Die sächsische Regierung ist zum Einvernehmen mit der Reichsregierung bereit, aber auf dem Boden der Verfassung. In Sachsen ist der militärische Ausnahmezustand nicht nötig. (Beifall links.)

Entgegen weiteren Bemerkungen des Abg. Ledebour erklärt Vizepräsident Dietrich, der Reichstag könne den Reichstanzler nicht zu einer Rede zwingen, die einen Inhalt habe. (Stoße Geheiß.)

Abg. Bräuninghaus (Z. Sp.) wendet sich gegen die Darstellung des Reichstanzlers Felsch. Ein einflussreiches Mitglied der Sozialdemokratie habe das Vergehen der Reichswehr anerkannt und ganz anders dargestellt wie der Ministerpräsident. (Unruhe links.) Herr Felsch hätte sich von Herrn Tollmann das Material geben lassen sollen, das von dem Straßburger Zeugniss abgele. (Stoße Lärm links.) Unter Zeugniss sei es dahin gekommen, daß die Behörden keinen Schutz gegen Vergewaltigung mehr geben könnten. Kommunistische Hundstschaffen hätten auf ruhige Staatsbürger geäuert. (Unruhe und Geheiß links.)

Abg. Leutenberger (Z. Sp.) tritt der Darstellung des Reichstanzlers Felsch entgegen und führt einzelne Fälle an, in denen

mit äußerster Energie gegen die Überschreitung der Goldmarkpreise vorgehen.

Abg. Dr. Warg (Zit.) verleiht hierauf eine Erklärung der Zentrumspartei. Aus vaterländischen Gründen werde sich das Zentrum hinter die Regierung Stresemann stellen, trotz vielen Bedenken innerpolitischer Art. In der Außenpolitik billige das Zentrum durchaus die Haltung des Kanzlers. Es billige auch das Vorgehen gegen Sachsen und Thüringen und erwarte, daß baldigt das Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich in verfassungsmäßige Bahnen geleitet wird.

Abg. Dr. Schulz (Deutsche Volksp.): Meine Position billigt die Erklärung der Regierung über die besetzten Gebiete vorkaus. Bayern ist nach unserer Überzeugung durchaus reichstreu. Der Wiederherstellung der Ordnung in Sachsen und Thüringen konnte sich die Regierung nicht enthalten. Die Deutsche Volkspartei wird sich jedem Versuch, die gegenwärtige Regierung zu beseitigen, aufs entschiedenste widersetzen. (Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Abg. v. Graefe (Deutschl.): Die jetzige Regierung versteht es nicht, in Schönheit zu sterben. Zum Parlamentarismus und dieser Regierung haben gerade die gesunden Stände unserer Wirtschaft kein Vertrauen. Der Reichstanzler ist ein Mann, wenn er meine Freunde, die Nationalsozialisten, für Rechtsradikale hält. Raht will unter ultramontanem Einfluß ein römisch-deutsches Reich deutscher Nation unter Willkürherrschaft errichten. (Lärm, Heul links.) Die Nationalsozialisten sind das höchste Gegengewicht gegen die separatistischen Bestrebungen der Herren v. Raht und Lossow.

## Thüringischer Ministerpräsident Frölich

In keinem Lande der Welt hat soviel Ruhe geterricht, wie in Thüringen. (Lachen rechts.) Wir sind der Auffassung, daß Nichtrepublikaner in unserer Landespolitik nichts zu suchen haben. (Lärm rechts.) Die Reichswehr sollte in Thüringen einziehen zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände an der bayerisch-thüringischen Grenze.

Leider haben aber diejenigen recht behalten, die erklärten, der Einmarsch richte sich gegen Thüringen. Die Reichswehr gerät in Thüringen das Versammlungs- und Anstaltsrecht; sie greift mit runder Hand in die Verwaltungen des Wirtschaftslebens ein. Sie nimmt Hausungen und Verhaftungen ohne jede Begründung vor. Bis heute sind der thüringischen Regierung die versprochenen Unterlagen für den Bestand des Reichswehrbewaffneten Hundertschaften nicht zugegangen. Der Reichswehrgeneral hat die gesamten für die hundertsten Bergarbeiter von der thüringischen Staatsbank angekauften Lebensmittelvorräte beschlagnahmt. Auf Grund ihm wichtiger Denunziationen werden Gewerkschaftsbeamte in Schutzhaft genommen.

Monatelange Schutzhaft trifft vor allem auch die Gemeindevorstände und Beigeordneten, denen die Wohlfahrtskassen obliegen. Die kommunikative und sozialdemokratische Presse wird verboten, die rechtsgerichtete Presse darf ungehindert die Republik schmäheln. Der Kampf wird nicht gegen die bayerischen, reichsdeutschen Kampfbünde, und nicht gegen bestimmte Hundertschaften geführt, sondern gegen die Sozialdemokratie, die justizvollste Stütze der Republik.

Der Redner führt noch eine ganze Reihe von Mißhandlungen Verhafteter und von schweren Übergriffen der Reichswehr gegen thüringische Staatsbürger an. Unter dieser Willkürherrschaft könne von einem Rechtsstaat keine Rede sein. Ich muß diese Zustände vor dem deutschen Reichstage brandmarken, weil

Stroh für kleines Orchester, der sogenannten „Straßchen-Serenade“, weil die Violinen fehlen. Im Gegensatz zu der ersten mit-heiteten in D-dur zeigt schon der breite Eingangssatz den herben Brahm's. Wundervoll gestaltet sich das gedankentiefes Adagio, das wirklich von „himmlischer Länge“ ist. Doch auch der länderliche Trecker im zweiten und der stundevolle Schlußsatz zeigen meisterlich.

**Puschkin - Anekdoten.** Im D. U. Recht-Beleg (München) erscheint demnach ein Buch: Puschkin, Anekdoten und Tischgespräche, dem wir die folgenden Proben entnehmen: Als Poljontin einmala mit dem Sapotgerer Kofalen unzufrieden war, sagte er zu einem von ihnen: „Wißt Ihr wohl auch, ihr Kapitän, daß ich in Moskau einen solchen Glodenturm bauen laß; daß, wenn man auf dem Turm wohnt, man es bei den Sapotgerern wach merken können?“ — „Das wundert mich gar nicht“, entgegnete der Kofa, „bei uns gibt es nämlich anderwärts wiederum solche Wanderspiele, daß, wenn die bei uns zu spielen beginnen, man in Petersburg gleich danach tanzt.“

Graf Katschubej wurde im Revol. Kofler beigesetzt. Die Gräfin erlangte vom Kaiser die Erlaubnis, den Teil des Fußbodens, an dem er befestigt worden war, durch ein Gitter abzugraben. Die alte Kofaloffowa jagte hierzu: „Wir wollen sehen, was er am Tag des jüngsten Gerichtes dazu sagen wird, wenn die a deren sich schon längst in den Himmel emporgeschwungen haben werden, und er noch immer über sein Gitter wach halten müssen.“

Schuwalow hatte eine heftige Auseinandersetzung mit Tolstojoff und sagte ihm schließlich voll Zorn: „Wir werden dich von der Akademie verjähren.“ — „Oh nein“, entgegnete der große Mann, „denn man könnte höchstens die Akademie von mir verjähren.“

Delwig schlug einmal Kulejew vor, mit ihm ein öffentliches Haus zu besuchen. „Ich bin ver-

heitet“, entgegnete Kulejew. „Was macht denn das“, erwiderte Tolstoj, „kannst Du nicht einmal im Restaurant speisen, nur weil Du zu Hause eine Küche hast?“

**Oper-Operationen im alten China.** In der „Mündner Medizinischen Wochenschrift“ bringt Dr. v. Schröder (Zürich) den folgenden Beitrag zur Medizingeschichte Chinas: Von den altchinesischen Ärzten ist es bekannt, daß sie auf dem Gebiet der Chirurgie so gut wie gar keine Aktivität bewiesen haben. Jedemfalls haben sie, um nur ein Beispiel anzuführen, sich niemals getraut, ein Glied amputieren. Umso erstaunlicher erscheint es, daß sie vor der Star-Operation nicht nur nicht zurückgeschreckt sind, sondern diese schon vor Jahrhunderten zu einer gewissen Vollkommenheit entwickelt haben. Hierfür besitzen wir das Zeugnis des Dichters Su Tung zu aus dem Ende des größten Jahrhunderts! Er vergleicht das zum Stechen des Stahls benötigte Instrument mit der Axt oder dem Parte des Weizens. Vom Operateur wird gesagt, er handhabt dieses Instrument mit der Ruhe eines Mannes, der ein Haus abtricht, wobei es wenig darauf ankommt, wohin er tritt, wenn nur die Axt den Gegenstand erreicht. Dem widerspricht aber der Operateur mit der Angabe, daß er nach einer bestimmten Weisheit handele und nicht dem blinden Zufall überlasse. Die alten chinesischen Axt betrieben das Starstechen auch bei Pferden und benutzten dazu eine Axtel mit einem kurzen Griff. Es wurden zwei Arten von Star und demnach auch zwei Behandlungsweisen unterschieden. Im Laufe der Zeit muß die Kenntnis des Starstechens in China abhanden gekommen oder die Taktik und Operationsart der Ärzte vermindert worden sein. Jedemfalls traten sie dieses Gebiet der Heilkunde im vorigen Jahrhundert widerstandslos an die europäischen Ärzte ab und begnügten sich ihren Landsleuten gegenüber mit dem Ruhm, die einzigen zu sein, denen die Heilung innerer Leiden gelingen könne.

**Sächsische Eisenbahntr. C. 1923/24.** Sonntag, 23. November. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Montag, 24. November. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Dienstag, 25. November. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Mittwoch, 26. November. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Donnerstag, 27. November. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Freitag, 28. November. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Samstag, 29. November. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Sonntag, 30. November. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Montag, 1. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Dienstag, 2. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Mittwoch, 3. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Donnerstag, 4. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Freitag, 5. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Samstag, 6. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Sonntag, 7. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Montag, 8. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Dienstag, 9. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Mittwoch, 10. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Donnerstag, 11. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Freitag, 12. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Samstag, 13. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Sonntag, 14. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Montag, 15. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Dienstag, 16. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Mittwoch, 17. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Donnerstag, 18. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Freitag, 19. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Samstag, 20. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Sonntag, 21. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Montag, 22. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Dienstag, 23. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Mittwoch, 24. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Donnerstag, 25. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Freitag, 26. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Samstag, 27. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Sonntag, 28. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Montag, 29. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Dienstag, 30. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc. Mittwoch, 31. Dezember. Das „Sächsische“ mit 10.000. Schmalz, Wurstwaren, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter, Milch, Eier, Honig, etc.

## Bücherbesprechungen.

Die „Sächsische Heimat“, die Kurt Arnold Hildebrand im Verlag Oscar Laube, Dresden, nun bereits im 7. Jahrgang herausgibt, erscheint vom 1. Oktober an als Organ des Bühnenbundes Mitteldeutschland. Sie erweitert damit ihr Arbeitsgebiet auf Thüringen und Provinz Sachsen. Damit ist es ihr bei einer Leserzahl von 50000 auch ermöglicht, wieder monatlich zu erscheinen. Einer der schönsten Heftchen des Reichs ist das neue Heft, das außerdem noch eine Anzahl künstlerischer, Textillustrationen enthält. Aus dem reichen Inhalt seien hervorgehoben folgende Aufsätze: Mutter Heimat. Der Gast (Friedrich Schiller in Dresden). Die Sandsteine und ihre Namen. Ein kleines Rottin Luther-Spiel. Aus kleinen Städten der Heimat. Bühnenvolksbund und Heimat. Dazu die Abteilungen: Sächsische Chronik, Bücherchau, Mitteilungen des Bühnenbundes und des Sächsischen Verkehrsvereins. Die Beiträge „Kinder-Heimat“ bringt unter anderem eine spannende Schilderung: Was eine Familie bei der Heilung Radeburg erlebte (aus dem Jahre 1631).



die Kommunisten sich Gewalttätigkeiten hätten zuschreiben können lassen. (Große Unruhe links.)  
 Abg. Henning (Deutschvölk. Freiw.-P.): Heißt dem Minister Geßler gegenüber fest, daß seine Partei fälschlich hochverräterischer Pläne beschuldigt werde.

**Wehrminister Dr. Geßler:**

Wie erklären Sie die Besuche Ihres Kohlbach in die Offizierschule in München? Sie haben dort acht junge Leute auf dem Gewissen. Als alter Offizier sollten Sie, Herr Geßler, sich nicht dazu hergeben, daß derartig mit dem Eide gespielt wird. (Sehr wahr! links.)

Abg. Henning (Deutschvölk. Freiw.-P.): Herr v. Graefe ist zu einer Besprechung nach München geladen worden. (Lachen links.) Daß ein Besuch gelant war, davon hat er nichts gewußt. (Lachen links.) Der Offizierscid ist mir heilig gewesen. Dem General v. Vossow ist vom Reichswehrministerium ein Glückwunsch ausgesprochen. (Lachen links.)

Wehrminister Dr. Geßler: Ich bitte den Redner, mir den Gewährmann für diese seine Behauptung zu nennen.  
 Abg. Henning (Deutschvölk. Freiw.-P.): Ich bin bereit, mich an die Herren, von denen ich das habe, nach München zu wenden.

Darauf wurde die Verhandlung abgebrochen.  
 Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. Fortsetzung der Beratung und kleinerer Vorlagen.

**Mißtrauensanträge der Sozialdemokraten und Kommunisten.**

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in später Nachtstunden folgenden Mißtrauensantrag beschloffen:

Die Reichsregierung hat den militärischen Ausnahmezustand gegen Sachen und Thüringen, ohne daß hierfür sachliche Gründe vorliegen, in scharfer Form angewendet, gegen die verfassungswidrigen Zustände in Bayern aber nichts Entscheidendes getan. Sie hat daher nicht das Vertrauen des Reichstages.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht:  
 Der Reichstag wolle beschließen: Die Regierung hat nicht das Vertrauen des Reichstages.

**Vorausichtlich: Ablehnung der Mißtrauensanträge, aber auch des Vertrauensantrags.**

Berlin, 23. November.

Die Deutschnationalen werden nicht für das motivierte sozialdemokratische Mißtrauensvotum gegen das Reichskabinett stimmen, während die Sozialdemokraten auch nicht das allgemein gefällene deutschnationale Mißtrauensvotum annehmen werden. Infolgedessen werden voraussichtlich beide Anträge mit verschiedenen Mehrheiten abgelehnt werden. Das Kabinett Stresemann wäre somit formell nicht zum Rücktritt gezwungen. Da jedoch der Reichskanzler sich mit der Ablehnung der Mißtrauensanträge nicht begnügen wird, dürften wahrscheinlich die Mittelparteien einen Vertrauensantrag für das Kabinett formulieren. Nach der Geschäftsordnung muß dieser Vertrauensantrag, als der weitestgehende, zuerst zur Abstimmung gestellt werden. Für ihn werden aber nur die Mittelparteien stimmen, dagegen die gesamte Opposition. Der Vertrauensantrag würde bei diesem Stimmenverhältnis abgelehnt. Mehrere Blätter führen bereits Kombinationen über die Bildung des neuen Reichskabinetts an, auch Namen werden schon genannt.

**Kabinettsberatungen.**

Am die Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Berlin, 23. November.

Vor Beginn der gestrigen Sitzung des Reichstages ist das Reichskabinett zu Beratungen zusammengetreten, die u. a. die Frage der eventuellen

**Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes**

betrafen. Für den Abbau des militärischen Ausnahmezustandes sprachen sich, außer den Sozialdemokraten, auch die Parteien der Arbeitergemeinschaft aus, deren Führer eine Besprechung mit dem Reichskanzler hatten. Im Laufe des Vormittags hielten mehrere Fraktionen des Reichstages Sitzungen ab.

**Der Reichsrat**

Überwies am Donnerstag eine Mitteilung der Regierung über die Höhe der in der Erwerbslosenfürsorge an die Ausschüsse. Der Vorsitzende Sachsens legte Protest ein, weil die Bestimmung, nach der die Familienzuschläge nicht mehr betragen dürfen, als die Hauptunterstützungen, eine Verschlechterung bedeutet. Genehmigt wurde die Verordnung, die Gebühren im Post-, Postfach-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr auf werbefähige

Grundlage zu stellen. Die Grundgebühr wird in Zukunft mit dem Goldindex für Reichsfrank multipliziert. Die Tarife schließen sich im wesentlichen den Friedensverträgen an. Fernpostkarten und Briefe kosten 5 bez. 10 Pf., Telegramme werden nach Worten berechnet und zwar werden mindestens acht Worte in Anrechnung gebracht. Die Umstellung des Postfachverkehrs auf Rentenmark wird genehmigt. Der Überweisungsverkehr auf Papiermark-Grundlage fällt weg. Die Umstellung soll Anfang Dezember und nur unter Zustimmung des Währungsamts erfolgen. Die Guthaben, die in Zukunft zum mindesten 5 Rentenmark hoch sein müssen, werden in Rentenmark umgerechnet.

**Der Aufruf auf den Achtstundentag.**

Im mitteldeutschen Kohlenbergbau.

Berlin, 22. November.

Die Arbeitgeber im mitteldeutschen Kohlenbergbau verhalten sich ebenfalls, mit Gewalt den Achtstundentag zu beselligen. Auf einer Reihe von Zechen sind die Arbeiter aufgefordert worden, sich schriftlich zur Achtstundentage bereitzuerklären. Im Weigerungsfalle wird die Entlassung angedroht. Am Mittwoch haben die Bergherren in Berlin den Versuch gemacht, die Zustimmung der Gewerkschaft für die Einführung der Achtstundentage zu erhalten. Die angewandte Methode war vergeblich. Die Vertreter der Arbeitnehmer, die eine Möglichkeit zur Weiterführung der Förderung nur in betriebsorganisatorischen und technischen Maßnahmen, in der Stellung des Tariflohnens auch als Mindestlohn und in der Festlegung der Größe der Beschneidung der Abförderschnecken, lehnten die Forderung ab. Die schlechte Ernährung und des Gesundheitszustandes der Bergarbeiter ist deshalb von den Arbeitgebern zum 31. Dezember gekündigt worden. Da das Arbeitstagesgesetz für den Bergbau zur Stunde noch besteht, ist das Vorgehen der Braunkohlenunternehmer, die Arbeiterzeitung zur Mehrarbeit zu zwingen, durchaus ungesetzlich.

**Blutige Unruhen.**

Essen, 22. November.

Bei der Auflösung von Jagen, die aus den Vororten zu einer kommunistischen Kundgebung anrücken, kam es, besonders in Rotthausen und Steele, zu Ausschreitungen. In Rotthausen griff die Menge die Polizeiwache an. Ein Polizeibeamter wurde getötet. In Essen umgibt die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch machen. Ein Polizeibeamter wurde getötet und einer verwundet, bezogen 15 Demonstranten. Die Zahl ihrer Toten liegt noch nicht fest. Eine erhebliche Anzahl Verwundeter wurde verhaftet.

**Gründung einer „Hilfspolizei“ in Thüringen?**

Die Regierung weiß von nichts.

Weimar, 23. November.

Aus sozialdemokratischen Kreisen Thüringens wird uns geschrieben:

Die verlaute, sollen zwischen militärischen Stellen und dem Thüringer Landbund Besprechungen stattfinden wegen Aufstellung einer Hilfspolizei und deren Einsetzung in die reguläre Landespolizei. Die Wichtigkeit dieser Nachricht vorausgesetzt, scheint man von militärischer Seite in Thüringen eine ähnliche Regelung des Polizeiwesens zu beabsichtigen, wie in Sachsen. Eine Rückfrage bei der Thüringer Regierung hat ergeben, daß dieser von jenen Absichten nichts bekannt ist. Dies muß um so merkwürdiger erscheinen, wenn die Behauptung zutrifft, daß die Besprechungen mit dem Landbund schon vor einigen Tagen stattgefunden haben sollen. Ob wohl auch in Thüringen, nach dem Beispiel Sachsens, die Landesregierung vor eine fertige Aufgabe gestellt werden soll?

**Bericht der Kriegslastenkommission an die Reparationskommission.**

Paris, 22. November.

Die deutsche Kriegslastenkommission gab der Reparationskommission in einer Note Kenntnis von dem zwischen der interalliierten Rheinlandkommission und der Industrie der Farbstoffe, chemischen und pharmazeutischen Produkte abgeschlossenen Abkommen. Die deutsche Regierung wird der Reparationskommission die im Vertrag erwähnten Leistungen jeweils nach ihrer Feststellung zur Einsicht auf Reparationskonto mitteilen. Die Kriegslastenkommission hat der Reparationskommission ferner Kenntnis gegeben von den Verhandlungen, die der bergbauliche Verein mit der belgisch-französischen Ingenieurkommission in Düsseldorf seit dem 5. v. M. geführt hatte und die am 14. November gescheitert sind. Die Kriegslastenkommission gab davon Kenntnis, daß die französisch-belgische Ingenieurkommission sich geweigert habe, die Beiträge für Kohlenlieferungen Deutschlands auf Reparationskonto gutzuschreiben. Die deutsche Regierung stelle fest, daß der Abschluß des für die besetzten Gebiete erwünschten Abkommens gescheitert ist und daß eine Einigung wegen der Gutspflicht der Leistungen der Kohlenzechen nicht zu erzielen war.

**Eine unrichtige Darstellung.**

(N.) Die „Tel.-Union“, die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ und das „Leipziger Tageblatt“ verbreiten Berichte über eine Unterredung ihrer Vertreter mit dem Justizminister Reu über die Affäre Dr. Zeigner. Diese Berichte sind geeignet, den Anschein zu erwecken, als ob Justizminister Reu die Beschuldigungen gegen Dr. Zeigner in wesentlichen Teilen als erwiesen ansehe. Das ist falsch. Der Justizminister muß sich ausdrücklich entschieden ablehnen, irgendein Urteil über die Stichhaltigkeit dieser Beschuldigungen abzugeben und damit der Entscheidung des Gerichtes vorzugreifen. Er hat den drei Herren lediglich bestätigt, daß gegen Dr. Zeigner die besagten Beschuldigungen erhoben werden, aber kein Urteil darüber gefällt, was davon als erwiesen anzusehen sei. Darüber kann nur die Hauptverhandlung vor dem Gericht selber Feststellungen treffen. Borecz ist scharf zu betonen, daß es sich lediglich um einseitige Behauptungen von Personen handelt, deren Glaubwürdigkeit erst geprüft werden muß.

Des weiteren hat der Justizminister nicht erklärt, daß der ehemalige Ministerpräsident Rud von Dr. Zeigner nie viel gehalten habe. Der Justizminister hat lediglich gesagt, daß der damalige Ministerpräsident Rud wegen der verhältnismäßig jugendlichen Persönlichkeit Dr. Zeigners Bedenken gegen seine Berufung gehabt und seine Wahl erst vorgenommen habe, als die übrigen von ihm besagten Herren die Annahme des Justizministerpostens abgelehnt hatten.

**Stresemann läßt schweres Geschütz auffahren.**

Keine Auslandsanleihe ohne ihn.

Berlin, 22. November.

Vor einigen Tagen berichteten wir, daß der Reichsregierung von einem ausländischen Konsortium eine Anleihe von einer Milliarde Gold angeboten worden sei. Der deutschnationale Abgeordnete Hergt hatte bestritten, daß dieses Angebot ausdrücklich der jetzigen Regierung Stresemann gemacht worden sei. Die leitenden Persönlichkeiten des ausländischen Konsortiums, die seit mehreren Wochen in Berlin weilen, haben, wie jetzt das B. Z. meldet, den Abgeordneten Hergt aufgesucht und ihn ersucht, seine unrichtige Behauptung richtigzustellen. Falls die Regierung Stresemann zurücktritt, würde das Konsortium sich genötigt sehen, von seinem Angebot zurückzutreten und Berlin augenblicklich zu verlassen. Auch eine Reihe anderer Verhandlungen wegen Aufnahme von Anleihen sind zurzeit noch in der Schwebe. Ein Fortdauern der Krise würde auch diese Verhandlungen zweifellos schwer beeinträchtigen.

**200 000 Billionen Mark beschlagnahmt.**

Berlin, 22. November.

Am 16. d. M. haben die Franzosen bei der Reichsbankstelle Düsseldorf 35 000 Billionen beschlagnahmt. Die Gesamtsumme der von den Franzosen und Belgiern seit dem Einbruch in das Ruhrgebiet fortgenommenen Reichsbankgelder hat damit 200 000 Billionen überschritten.

**Freilassung der Kruppischen Direktoren.**

Köln, 23. November.

Nachdem Krupp v. Bohlen-Halbach und die in fast befindlichen Direktoren Hartwig, Desterle und Bruhn, sowie das Betriebsratsmitglied Müller Strafaufsicht erhalten hatten, sind jetzt, wie der „Köln. Ztg.“ aus Essen gemeldet wird, auch die weiteren Kruppischen Direktoren, die beim Krupp-Prozess in Abwesenheit teilweise noch zu höheren Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, nämlich Geheimrat Cuny, Geheimrat Bauer und Schröder von den Franzosen unbehelligt zurückgeführt.

**Benech zur Rückkehr des deutschen Kronprinzen.**

Brag, 22. November.

Im Augenblick sprach Dr. Benech über die letzten Ereignisse in Deutschland. Er erklärte im besonderen zu der Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland, die Frage des Kronprinzen und der Hohenzollern überhaupt sei keine innere Angelegenheit Deutschlands, sondern eine internationale, nicht nur gemäß des Friedensvertrages, sondern auch nach der Situation, unter welcher die Hohenzollernfrage in Deutschland seit Abschluß des Waffenstillstandes gelöst worden sei. Wir sind außerdem die Nachbarn Deutschlands. Es ist für uns politisch sehr wichtig zu wissen, was in diesen Dingen in benachbarten Deutschland geschieht. Ein ähnlicher Fall war der mit der Habsburger Dynastie. Durch unser Eingreifen bei der Ankunft des Erzherzogs Karl in Ungarn wurde deutlich konstatiert, daß auch die Habsburger Frage eine internationale Frage ist. Die Rückkehr des Kronprinzen, ob zwar diese mit der Rückkehr des Erzherzogs Karl nicht volle Analogie besitzt, ist eine internationale Frage von hervorragender politischer und prinzipieller Bedeutung. Von diesem Standpunkt aus betrachten wir die Rückkehr des Kronprinzen und mühen deshalb

auch bei der ersten Gelegenheit einen bestimmten Standpunkt einnehmen. Es handelt sich für uns darum, daß für die Zukunft in keiner Form Zweifel vorhanden sind bezüglich unserer Bemühungen, schwere Konflikte zu verhindern, wenn vielleicht in Deutschland für ähnliche monarchistische Versuche der Hohenzollern günstigerer Zustände eintreten. Unser heutiger Standpunkt deckt sich mit den Intentionen unserer bisherigen auswärtigen Politik und ist im Interesse des Friedens. Ich glaube, daß die Ereignisse der letzten Tage bewiesen haben, daß unser Standpunkt in dem Augenblick formuliert wurde, als die Kronprinzenfrage noch nicht in vollem Umfange den Gegenstand der Beratungen der Völkervereinigung bildete.

**Das Deutschtum in Ungarn.**

Budapest, 22. November.

Auf das Drängen der Minderheitenvertreter in Ungarn hin hat die Budapest Regierung vor einiger Zeit angeordnet, daß den Minderheiten besonders auf dem Gebiete des Vereinswesens und der Schule ihr Recht werden sollte. Vor kurzem sind nun die Ausführungsbestimmungen erlassen, denen zufolge drei Schularten geschaffen werden sollen. In der ersten Gruppe soll die Minderheitssprache Unterrichtssprache, das ungarische obligatorischer Unterrichtssprache sein. Diese Schulen gilt für Bezirke mit überwiegend Minderheit. In einer zweiten Gruppe ist gemischte Unterrichtssprache vorgesehen. Geographie, Geschichte und ähnliche Fächer sollen ungarisch gelehrt werden. In der dritten Gruppe soll ungarisch die Unterrichtssprache sein, die Minderheitssprache Pflichtgegenstand. Religionsunterricht soll gumbasisch in der Minderheitssprache erteilt werden. Es ist bedauerlich, daß, wie behauptet wird, absichtlich, diese Ausführungsbestimmungen so spät herausgebracht sind, daß sie für das laufende Schuljahr nicht mehr in Frage kommen. Eine lokale Lösung der Minderheitenfrage würde die an sich schon durchaus freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn noch herzlich gestalten.

**Die Romfahrt des spanischen Königs**

Rom, 22. November.

Über die Vorgeschichte der Annäherung Spaniens an Italien veröffentlicht der Diplomatiker Silva eine überaus interessante Studie. Als Frankreich Tunis besetzte, wurde Spanien, das ebenfalls französische Absichten auf Marokko befürchtete, ängstlich und richtete seine Augen auf das in ähnlicher Lage befindliche Italien. Die Folge war ein im Mai 1887 geschlossener und 1891 bestätigter italienisch-spanischer Geheimvertrag zum energischen Schutze des status quo im Mittelmeer, ein Vertrag, der den wenige Monate zuvor erneuerten und auf das Mittelmeer ausgedehnten Dreibündnisvertrag und damit auch die Londoner Konvention vom 30. Februar 1857 zur Unterstützung des Dreibündnisses ergänzte. Dieses Frankreich im Mittelmeer völlig umschließende isolierende System von Verträgen wurde indessen durch die Entsendung zwischen England und Deutschland und die französisch-englische Annäherung sowie das Mittelmeerabkommen, dem auch Italien und Spanien beitrugen, bündig. So war die neue Mittelmeerlage am Vorabend des Weltkrieges, die hinwiederum durch den Weltkrieg eine andere wurde. Heute ist die deutsche Gefahr ausgeschaltet. Frankreich konsolidiert sein afrikanisches Kolonialreich, das es weiter ausdehnen will. Spanien sieht sich in der Marokkofrage bedroht. Die heutige Lage ist jener von 1887 ähnlich. Darum sucht das von Frankreich im westlichen Mittelmeer bedrohte Spanien eine Annäherung an Italien, das ebenfalls keine Veränderung im Mittelmeer will. Die Romfahrt König Alfons' ist hierfür ein klarer Beweis.

**Amerikanische Verhimmung wegen Frankreichs Verhalten.**

London, 23. November.

Neuer meldet aus New York: Die amtlichen Kreise in Washington nähmen scharf Stellung gegen Poincarés Widerstand gegen die vorgeschlagene internationale Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit durch Sachverständige. Es werde darauf hingewiesen, daß Frankreich, obwohl es kein Angebot gemacht habe, um seine Schulden zu fundieren, und mit seiner Politik Reparationszahlungen durch Deutschland fast unmöglich gemacht habe, doch militärische Anleihen von fast 80 Mill. Fr. Sied an die kleinen Nationen Europas gegeben habe, die größte Armee der Welt aufrecht erhalte und die mächtigste je dagewesene Luftflotte erbaue.

**Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.**

Reichsgesetzblatt. Die am 23. November auf gegebene Nr. 119 von Teil I enthält: 10. Abg. über Gehaltsklassen in der Angestelltenversicherung u. Vorkassen in der Invalidenversicherung; 11. Abg. über Unterstufung von Sozial- und Rentenrenten für die zweite Roembeschäfte 1923; 12. Abg. über Änderung der 4. Durchführungsbestimmungen zur Abg. des Reichspräsidenten über die Ablieferung ausländ. Vermögensgegenstände, sowie Abg. zur Änderung der Vorkassen.



Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Königliche Verordnung des Generalv. Seedt über die Auflösung und das Verbot sämtlicher Organisationen und Einrichtungen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei...

Der Militärbezirkskommandant im Wehrkreis IV. Müller, Generalleutnant. 7200 Dresden, den 23. 11. 23.

Verordnung.

1. Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. 9. 23 werden für das ganze Reichsgebiet aufgestellt und verboten: Sämtliche Organisationen und Einrichtungen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei...

Begründung:

Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei hat es unternommen, Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam zu verleiten und die Regierung des Deutschen Reiches durch bewaffneten Aufruhr zu stürzen. Die deutschnationale Freiheitspartei vertritt dieselben Ziele wie die N. S. A. P. Ihre Führer, a. G. Schaepe, hat an dem Umsturzversuch teilgenommen...

2. Das gesamte Vermögen der in § 1 aufgeführten und verbotenen Vereinigungen und Einrichtungen wird beschlagnahmt.

3. Wer sich an einer der in § 1 genannten verbotenen Vereinigungen als Mitglied beteiligt, oder ihr durch Zahlung von Geld, Vermittlung oder Beförderung von Nachrichten, Überlassung von Räumen, Herstellung oder Verbreitung von Schriftzeugnissen oder durch andere Mittel Vorschub leistet, wird nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. 9. 23 bestraft.

4. Das Tragen oder Zurückschließen der Fahnen oder sonstigen Abzeichen der verbotenen und aufgeführten Vereinigungen ist verboten. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung vom 26. 9. 23 bestraft.

Verordnung.

1. Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. 9. 23 werden für das ganze Reichsgebiet aufgestellt und verboten: Sämtliche Organisationen und Einrichtungen der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Kommunistischen Jugend und der Kommunistischen (S.) Internationale.

Begründung:

Die Kommunistische Partei hat durch ihren bewaffneten Aufruhr in Hamburg, durch die Verletzung ihrer übrigen Bezirke — namentlich in Sachsen und Thüringen — und durch die Anstiftung und Mithilfe des Reichszentralrats in den letzten beiden Monaten erwiesen, daß sie bestrebt ist, Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam gegen ihre Vorgesetzten und die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Anordnungen der Inhaber der bestehenden Gewalt zu verleiten und durch politischen Generalstreik und bewaffneten Aufruhr die verfassungsmäßige Staatsform des Deutschen Reiches umzuwälzen.

2. Das gesamte Vermögen der in § 1 aufgeführten und verbotenen Vereinigungen und Einrichtungen wird beschlagnahmt.

3. Wer sich an einer der in § 1 genannten verbotenen Vereinigungen als Mitglied beteiligt, oder ihr durch Zahlung von Geld, Vermittlung oder Beförderung von Nachrichten, Überlassung von Räumen, Herstellung oder Verbreitung von Schriftzeugnissen oder durch andere Mittel Vorschub leistet, wird nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. 9. 23 bestraft.

4. Das Tragen oder Zurückschließen der Fahnen oder sonstigen Abzeichen der verbotenen und aufgeführten Vereinigungen ist verboten. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung vom 26. 9. 23 bestraft.

Besoldungsvorschläge für Gemeinden.

Die Besoldungsvorschläge für die Zeit vom 24. bis 30. November (viertes Monatsviertel) werden den Gemeinden usw. demnachst nach der Voranschlagsrechnungsjahrszahl 23 000 000 errechnet zu geben. 7199 11 G Z Nds. 3 Dresden, 23. Nov. 1923. Ministerium des Innern.

In Abänderung des letzten Absatzes der Verordnung vom 29. Oktober 1923 — IV B: 30 o. 48 Verpf. — und des Absatzes 4 der Verordnung

IV B: 45 b Verpf. — (Nr. 254 der Sächs. Staatszeitung vom 1. November 1923), betr. die Verpflegung in den Landes-Heil- und Pflegeanstalten usw. und im Kronenstift Joidau, wird verordnet, daß sämtliche, nach diesen Verordnungen wie nach sonstigen Vorschriften zu erhebende Beträge in der Endsumme auf volle Milliarden Mark nach oben abzurunden sind. IV B: 55 Verpf. Dresden, am 23. November 1923. 7196 Ministerium des Innern. Ministerium für Volksbildung.

Weitere Verordnung über Gehalts- und Lohnzahlungen in Rentenmark und sächsischen Goldschuldverschreibungen vom 23. November 1923.

(1) Für die Gehaltszahlung am 23. und für die Lohnzahlung am 22. November 1923 werden die in Papiermark innebehaltenen Gehalts- und Lohnsätze — unter Ausschluß der Beamten, Angestellten und Arbeiter der kaufmännisch verwalteten Betriebe — in Höhe von je 50 v. H. in Rentenmark oder sächsischen Goldschuldverschreibungen gezahlt.

(2) Die errechneten Beträge sind auf volle Mark nach unten abzurunden, da Rentenmark noch nicht in kleineren Beträgen geliefert wird.

(3) Die Zahlungsmittel werden spätestens am 24. November von der Landeshauptkasse des Landesgerichtsdienstes zugestellt. Die amtschauptmannschaftlichen Kassen haben die Zahlungsmittel bei ihrer zuständigen Landgerichtskasse sofort, spätestens am Tage nach ihrem Eingange bei der Landgerichtskasse gegen Bedarfs- oder Besorgungsschein, die getrennt für die einzelnen Zahlungen auszustellen sind, zu erheben.

(4) Hinsichtlich des Umrechnungsfußes ist zu beachten, daß für die Zahlung am 22. und 23. November 1 Rentenmark = 1 Billion Papiermark zu rechnen ist.

Der gleiche Umrechnungsfuß gilt für die sächsischen Goldschuldverschreibungen.

(5) Im übrigen ist nach der Verordnung vom 15. November 1923 — Sächs. Staatszeitung Nr. 306 — zu verfahren; insbesondere wird auf 1. Abs. 7 und 11 besonders hingewiesen. 1813b Verf. A 7201 Finanzministerium.

Die Sächsische Staatsbank hat weiteres wertbehaltendes Notgeld mit Genehmigung des Herrn Reichsministers der Finanzen herausgegeben, das nach dessen Vorschriften sichergestellt ist.

Die Scheine sind auf Wertpapier (mit Wasserzeichen „Nachtigall mit Stern“) gedruckt und sind 100,65 mm groß. Sie lauten über 20 Goldpfennig und 2 Goldmark (1 Goldmark = 100 Tollar). Der Vordergrund weist innerhalb eines Rahmens auf einem mit Gullschier-Raster versehenen Hintergrund, den Raum ausfüllenden Untergrund, in dem das Sächsische Wappen mit der Wertangabe zu erkennen ist, folgenden Text auf:

Wertbehaltendes Notgeld der Sächsischen Staatsbank. Genehmigt durch den Reichsminister der Finanzen und nach dessen Vorschriften sichergestellt. Wir lösen dieses Notgeldschein im Werte von Zwanzig Goldpfennig bez. Zwei Goldmark (1 Goldmark = 100 Tollar) nach Aufruf in Reichsgeldmünze oder Reichsgoldschonenscheinungen oder nach anderer Zahl in gesetzlichen Zahlungsmitteln nach dem Kurs dieser Wertpapiere an dem der Vorlegung folgenden Tage ein. Vom 1. Dezember 1923 ab kann dieser Schein zur Einlösung binnen Monatsfrist durch unsere Niederlassungen in der Sächsischen Staatszeitung aufgerufen werden. Die staatlichen Kassen in Sachsen nehmen bei Zahlung in Goldmark den Schein an Zahlungsstatt an. Dresden, den 17. November 1923. Sächsische Staatsbank.

Der Staatskommissar: Das Direktorium: Dr. Hedrich, Degenhardt, Schaumburg. Serie (Lat. Buchst.) Nr. (arab. Ziffern) Die Unterschriften sind sakramentiert.

Die Rückseite zeigt das Sächsische Wappen innerhalb eines Ziernormaments, darunter in Buchstaben die Wertangabe, auf den 20 Goldpfennig-Scheinen außerdem rechts und links vom Wappen die Ziffer 20, auf den zwei Goldmark-Scheinen rechts und links oben die Aufschrift „Zwei Goldmark“. Darunter ist der Vermerk abgedruckt: Fälschungen werden mit Zuchthaus nicht unter 2 Jahren bestraft.

Bei den Scheinen über 20 Goldpfennig ist Untergrund, Aufdruck und Rückseite in goldbrauner Farbe, bei den 2 Goldmark-Scheinen in violetter Farbe gehalten. 1691 g Verf. A. Die Scheine werden von der Sächsischen Staatsbank unter Bedingungen abgegeben, die an ihren Schaltern zu erfahren sind. 7194 Dresden, 19. Nov. 1923. Finanzministerium.

Die Sächsische Staatsbank hat weiteres Notgeld in Papiermark in Scheinen über 500 Milliarden Mark

ausgegeben. Sie sind auf weißem Wertpapier (mit Wasserzeichen „Nachtigall mit Stern“ im Format 85/145 mm) hergestellt. Die Vorderseite ist in zweifarbigen Steindruck ausgeführt. Auf einem Untergrund, der ein Rosenornament mit der Wertzahl aufweist, ist eine Randleiste und die Aufschrift abgedruckt:

Notgeld 500 Milliarden Mark zahlen wir gegen diesen Schein durch unsere sämtlichen Niederlassungen sowie durch die staatlichen Kassen des Freistaates Sachsen. Diese Note kann vom 1. Dezember 1923 ab durch Bekanntmachung in der Sächsischen Staatszeitung zum Umtausch gegen andere Zahlungsmittel aufgerufen werden. Dresden, den 12. November 1923. Sächsische Staatsbank.

Der Staatskommissar: Das Direktorium: gez. Dr. Hedrich, gez. Degenhardt, gez. Schaumburg.

Fälschungen werden mit Zuchthaus nicht unter 2 Jahren bestraft. Die Unterschriften sind sakramentiert.

Der Untergrund ist bei diesen Scheinen hellbraun, der Aufdruck und eine Randleiste dunkelbraun, die Nummerierung rot. Die Rückseite ist in hellbraunem Steindruck ausgeführt und weist inmitten eines wellenförmigen die Fläche bedeckenden Ornamentes die Aufschrift „500 Milliarden Mark“ auf.

Die Scheine können vom 1. Dezember 1923 ab zum Umtausch gegen andere Zahlungsmittel aufgerufen werden. Die staatlichen Kassen haben diese Scheine bis auf weiteres an Zahlungsstatt anzunehmen. 1540 k Verf. A. 7175 Dresden, 20. Nov. 1923. Finanzministerium.

Weitere Einschränkung des Kraftfahrzeugverkehrs an Sonn- und Feiertagen.

Kußer den in den Bekanntmachungen der Kreisbauernschaft vom 22. März, 28. Juli, 14. September und 1. Oktober 1923 (Sächsische Staatszeitung Nr. 79, 176, 216 und 233 1923) aufgeführten Straßen werden im Regierungsbezirk Dresden für den Verkehr mit Kraftfahrzeugen an Sonn- und Feiertagen in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends weiter nach folgende Straßen gesperrt:

1. Die Weiskirchstraße Thorsandt—Eble Krone vom Gasthof „Deutsches Haus“ in Thorsandt bis zur Bahnhofswirtschaft in Eble Krone;

2. die Kahrsalstraße von der Abzweigung der neuen Grotte ev. Hofstraße durch das Markersbacher Staatshofgut und die Ortsteile Bahra, Markersbach und Heilendorf;

3. die Rosenthaler Straße von der Kreisgrenze zwischen Markersbacher und Rosenthaler Staatsforstrevier;

4. die Dorfstraße Langenhennersdorf von der Staatsstraße bei Bernsdorf bis Bahnhof Langenhennersdorf;

5. der Kommunikationsweg von der Staatsstraße in Kriechwitz bis zur Firma—Reudorfer Staatsstraße in Reudorf;

6. innerhalb der Amtshauptmannschaft Weichen und in Weichenböhlen: die Spitzgrundstraße von der Spitzgrundmühle ab nach Weichenböhlen;

die Moritzburger Straße von der Einmündung der Köhlerstraße ab nach Weichenböhlen;

die Carolinstraße in Weichenböhlen;

die Hauptstraße in Weichenböhlen;

die Großschöner Straße von Bahnhof Niederbau ab nach Weichenböhlen;

die Weichener Straße von der Einmündung in die Weichener Staatsstraße ab nach Weichenböhlen; (Kilg. 123 XIII, 109 XIII, 41 a XIII)

die Dresdener Straße vom Schmitzpunkte der Köhlerstraße ab nach Weichenböhlen;

die Schöneberger Straße von der Einmündung der Köhlerstraße ab nach Weichenböhlen.

An gesperrten Straßen wohnende Kraftfahrzeugbesitzer können von den Polizeibehörden (Amtshauptmannschaft oder Stadtrat) Bescheinigungen erhalten, die sie zur Fahrt auf die nächste nicht gesperrte Straße berechtigen. 7198 Dresden, 20. Nov. 1923. Die Amtshauptmannschaft.

Auf Blatt 1609 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Erggebirgische Poliamentenfabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Annaberg betr., ist heute eingetragen worden: Prokura ist erteilt a) dem Kaufmann Paul Bruno Bellmann in Ebersdorf, b) dem Kaufmann Arno Bernhard Schulze in Joidau, c) der Frau Käthe geb. Seifert in Reudorf. Amtsgericht Annaberg, 20. Nov. 1923. 7176

In das hiesige Handelsregister ist am 19. November 1923 folgendes eingetragen worden:

1. auf Blatt 817 die Firma Ernst Stahl in Burgstädt. Der Kaufmann Ernst Paul Stahl in Burgstädt ist Inhaber. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Verkauf von Stoffhandtüchern und der Verkauf von Stoffwaren im großen;

2. auf Blatt 742, die Firma R. Emil Richter in Zaura betr.: Der Stb der Firma ist nach Burgstädt verlegt worden. 7178 Burgstädt, 20. November 1923. Das Amtsgericht.

In das Handelsregister ist eingetragen worden: 1. am 7. November 1923 auf Blatt 9067 die Firma Max Wiegner in Chemnitz und als Inhaber der Kaufmann Max Wiegner, dafelbst (Betreiber-Gesellschaft in Ratzenau und Heiden, Rochlitzer Str. 7); am 14. November 1923;

2. auf Blatt 9076 die Firma Gerhardt Brunner in Chemnitz und als Inhaber der Leder- und Schuhwarenhändler Eduard August Gerhardt Brunner,

dafelbst (Handel mit Leder und Schuhwaren, Röhrenstraße 2);

3. auf Blatt 9077 die Firma Bruno Großmann in Gröna und als Inhaber der Handschuhfabrikant Bruno Großmann, dafelbst. Prokura ist erteilt dem Kaufmann Paul Fritz Weller in Röhrensdorf (Fabrikation von Handschuhen, Handschuhstoffen und Trikotagen, Gröna, Carlstr. 5);

4. auf Blatt 9078 die Firma Gerhard Koff in Wadenstein und als Inhaber der Kaufmann Gerhard Hellmuth Koff, dafelbst (Stumpfwaren-Gesellschaft, Wadenstein, Parkstr. 10);

5. auf Blatt 9079 die offene Handelsgesellschaft Hasel & Lebach in Chemnitz. Gesellschafter sind die Kaufleute Moritz Hasel und Zacher (gen. Siegfried) Lebach, beide in Schönau. Die Gesellschaft hat am 1. August 1923 begonnen (Handel und Export in Textilwaren, Reibbahnstr. 31);

6. auf Blatt 9080 die offene Handelsgesellschaft Ernst Müller & Co. in Chemnitz. Gesellschafter sind die Kaufleute Ernst Müller in Chemnitz und Fritz Pawlas in Gerslitz i. Schl. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1923 begonnen (Fabrikation und Handel von Eisen und Werkzeugen aller Art, insbesondere Herstellung und Handel der geprüften Spanroten „Schops“ und „Hauschops“, Bietestr. 85);

7. auf Blatt 8372, betr. die Firma Otto Hammer Aktiengesellschaft für Holz- und Säuhölindustrie in Chemnitz. Gesamtprokura ist erteilt dem Baumeister Karl Rudolf Zanger, dem Kaufmann Walter Johannes Weiche und dem Kaufmann Anton Stöbel, sämtlich in Chemnitz. Jeder von ihnen ist befugt, die Gesellschaft gemeinschaftlich mit einem ordentlichen oder stellvertretenden Vorstandsmitglied, einem anderen Prokuristen oder einem Handlungsbevollmächtigten zu vertreten;

8. auf Blatt 8773, betr. die Firma Chemnitzer Hebezeug- & Maschinenfabrik Schröder & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz; Richard Eck ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Prokura ist erteilt dem Oberingenieur Oskar Scherff in Chemnitz. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer vertreten;

9. auf Blatt 8949, betr. die Firma W. Freund, Textilmaschinenfabrik Aktiengesellschaft in Chemnitz; Wally Freund ist als Vorstandsmitglied ausgeschieden. Zum Vorstandsmitglied ist bestellt der Kaufmann Paul Wolf in Chemnitz; am 16. November 1923;

10. auf Blatt 8479, betr. die Firma Chemnitzer Exporthaus Chemische Industrie Emil Brandt in Chemnitz; Die Firma ist erloschen, nachdem das Geschäft als Ganzes in die neugegründete „Brandt & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Chemnitz eingebracht worden ist;

11. auf Blatt 8693, betr. die Firma Chemnitz-Kapolder Bierbrauerei-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz; Eugen Rebenicht ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Hans Walter Kemnitz ist zur alleinigen Vertretung der Gesellschaft befugt;

12. auf Blatt 8728, betr. die offene Handelsgesellschaft Heiser & Weber in Burghardtsdorf; Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Liquidation durchgeführt und beendet, die Firma erloschen;

13. auf Blatt 8907, betr. die Firma Chemnitzer Fleischzentrale Aktiengesellschaft in Chemnitz; Hermann Paul Schmidt ist als Vorstandsmitglied ausgeschieden. Zum ordentlichen Vorstandsmitglied ist bestellt der Ingenieur Emil Otto Böß in Chemnitz. Er ist befugt, die Gesellschaft allein zu vertreten;

14. auf Blatt 8845, betr. die offene Handelsgesellschaft Erich Weigler & Co. in Siegmars; In das Handelsregister ist am 1. August 1923 als persönlich haftender Gesellschafter eingetretten der Kaufmann Otto Max Weigler in Siegmars. Die Firma ist geändert in: Weigler & Co.;

15. auf Blatt 8858, betr. die offene Handelsgesellschaft Walter Schmidt & Co. Elektro-Großhandlung in Chemnitz; Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Gesellschafter Süßmeuter und Breilinger sind ausgeschieden. Der Gesellschafter Schmidt führt das Handelsregister als Alleinvertreter fort. Gesamtprokura ist erteilt dem Kaufmann Josef Edward Erhard Kellig in Burgstädt. Er ist befugt, die Firma nur in Gemeinschaft mit einem Handlungsbevollmächtigten zu vertreten;

16. auf Blatt 8894, betr. die Firma Hähig & Co. Strumpf-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz; Richard Wally Hausbold ist als Geschäftsführer ausgeschieden;

17. auf Blatt 9011, betr. die Firma Hungenes & Bierel Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz; Die Prokura von Werner Hungenes ist erloschen. 7180

Kmktgericht Chemnitz, Abt. E.

Auf Blatt 9073 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma Traugott Preller Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Schönau (Zwickauer Str. 170). Der Gesellschaftsvertrag ist am 19. September 1923 abgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Betrieb von Trikotstoffen, insbesondere die Fortführung des bisher von dem Fabrikbesitzer Traugott Preller unter der Firma Traugott Preller in Schönau, Orsttel Reuthardt, betriebenen Fabrikationsgeschäfts. Die Gesellschaft ist berechtigt, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen und deren Vertretung zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt sechs Millionen Mark. Der Gesellschafter Traugott Preller in Schönau, Zwickauer Str. 170, bringt das von ihm unter der Firma Traugott Preller betriebene Fabrikationsgeschäft mit sämtlichen Aktien und Passiven, insbesondere auch das auf Blatt 96 des Grundbuchs für Reuthardt eingetragene Grundstück, in die Gesellschaft ein. Nach der Bilanz per 1. Mai 1923 beträgt die Summe der Aktien 13 419 486 M., die Summe der Passiven 7 412 589 M., sodas hierdurch ein Gesellschaftsvermögen von 6 006 797 M. vorhanden ist. Von diesen 6 006 797 M. hat Herr Traugott Preller seinen 4 als Gesellschafter in die Gesellschaft eingetragenen Kindern als: Rudolf Preller, Alfred Preller, Frau Elsa Tambler geb. Preller und Dora Preller je 500 000 M., also zusammen zwei Millionen Mark, als Stammeinlagen geschenkt. Mit dem Reste von vier Millionen M

Auf Blatt 1609 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Erggebirgische Poliamentenfabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Annaberg betr., ist heute eingetragen worden: Prokura ist erteilt a) dem Kaufmann Paul Bruno Bellmann in Ebersdorf, b) dem Kaufmann Arno Bernhard Schulze in Joidau, c) der Frau Käthe geb. Seifert in Reudorf. Amtsgericht Annaberg, 20. Nov. 1923. 7176

In das hiesige Handelsregister ist am 19. November 1923 folgendes eingetragen worden:

1. auf Blatt 817 die Firma Ernst Stahl in Burgstädt. Der Kaufmann Ernst Paul Stahl in Burgstädt ist Inhaber. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Verkauf von Stoffhandtüchern und der Verkauf von Stoffwaren im großen;

2. auf Blatt 742, die Firma R. Emil Richter in Zaura betr.: Der Stb der Firma ist nach Burgstädt verlegt worden. 7178 Burgstädt, 20. November 1923. Das Amtsgericht.

In das Handelsregister ist eingetragen worden: 1. am 7. November 1923 auf Blatt 9067 die Firma Max Wiegner in Chemnitz und als Inhaber der Kaufmann Max Wiegner, dafelbst (Betreiber-Gesellschaft in Ratzenau und Heiden, Rochlitzer Str. 7); am 14. November 1923;

2. auf Blatt 9076 die Firma Gerhardt Brunner in Chemnitz und als Inhaber der Leder- und Schuhwarenhändler Eduard August Gerhardt Brunner,

dafelbst (Handel mit Leder und Schuhwaren, Röhrenstraße 2);

3. auf Blatt 9077 die Firma Bruno Großmann in Gröna und als Inhaber der Handschuhfabrikant Bruno Großmann, dafelbst. Prokura ist erteilt dem Kaufmann Paul Fritz Weller in Röhrensdorf (Fabrikation von Handschuhen, Handschuhstoffen und Trikotagen, Gröna, Carlstr. 5);

4. auf Blatt 9078 die Firma Gerhard Koff in Wadenstein und als Inhaber der Kaufmann Gerhard Hellmuth Koff, dafelbst (Stumpfwaren-Gesellschaft, Wadenstein, Parkstr. 10);

5. auf Blatt 9079 die offene Handelsgesellschaft Hasel & Lebach in Chemnitz. Gesellschafter sind die Kaufleute Moritz Hasel und Zacher (gen. Siegfried) Lebach, beide in Schönau. Die Gesellschaft hat am 1. August 1923 begonnen (Handel und Export in Textilwaren, Reibbahnstr. 31);

6. auf Blatt 9080 die offene Handelsgesellschaft Ernst Müller & Co. in Chemnitz. Gesellschafter sind die Kaufleute Ernst Müller in Chemnitz und Fritz Pawlas in Gerslitz i. Schl. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1923 begonnen (Fabrikation und Handel von Eisen und Werkzeugen aller Art, insbesondere Herstellung und Handel der geprüften Spanroten „Schops“ und „Hauschops“, Bietestr. 85);

7. auf Blatt 8372, betr. die Firma Otto Hammer Aktiengesellschaft für Holz- und Säuhölindustrie in Chemnitz. Gesamtprokura ist erteilt dem Baumeister Karl Rudolf Zanger, dem Kaufmann Walter Johannes Weiche und dem Kaufmann Anton Stöbel, sämtlich in Chemnitz. Jeder von ihnen ist befugt, die Gesellschaft gemeinschaftlich mit einem ordentlichen oder stellvertretenden Vorstandsmitglied, einem anderen Prokuristen oder einem Handlungsbevollmächtigten zu vertreten;

8. auf Blatt 8773, betr. die Firma Chemnitzer Hebezeug- & Maschinenfabrik Schröder & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz; Richard Eck ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Prokura ist erteilt dem Oberingenieur Oskar Scherff in Chemnitz. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer vertreten;

9. auf Blatt 8949, betr. die Firma W. Freund, Textilmaschinenfabrik Aktiengesellschaft in Chemnitz; Wally Freund ist als Vorstandsmitglied ausgeschieden. Zum Vorstandsmitglied ist bestellt der Kaufmann Paul Wolf in Chemnitz; am 16. November 1923;

10. auf Blatt 8479, betr. die Firma Chemnitzer Exporthaus Chemische Industrie Emil Brandt in Chemnitz; Die Firma ist erloschen, nachdem das Geschäft als Ganzes in die neugegründete „Brandt & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Chemnitz eingebracht worden ist;

11. auf Blatt 8693, betr. die Firma Chemnitz-Kapolder Bierbrauerei-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz; Eugen Rebenicht ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Hans Walter Kemnitz ist zur alleinigen Vertretung der Gesellschaft befugt;

12. auf Blatt 8728, betr. die offene Handelsgesellschaft Heiser & Weber in Burghardtsdorf; Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Liquidation durchgeführt und beendet, die Firma erloschen;

13. auf Blatt 8907, betr. die Firma Chemnitzer Fleischzentrale Aktiengesellschaft in Chemnitz; Hermann Paul Schmidt ist als Vorstandsmitglied ausgeschieden. Zum ordentlichen Vorstandsmitglied ist bestellt der Ingenieur Emil Otto Böß in Chemnitz. Er ist befugt, die Gesellschaft allein zu vertreten;

14. auf Blatt 8845, betr. die offene Handelsgesellschaft Erich Weigler & Co. in Siegmars; In das Handelsregister ist am 1. August 1923 als persönlich haftender Gesellschafter eingetretten der Kaufmann Otto Max Weigler in Siegmars. Die Firma ist geändert in: Weigler & Co.;

15. auf Blatt 8858, betr. die offene Handelsgesellschaft Walter Schmidt & Co. Elektro-Großhandlung in Chemnitz; Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Gesellschafter Süßmeuter und Breilinger sind ausgeschieden. Der Gesellschafter Schmidt führt das Handelsregister als Alleinvertreter fort. Gesamtprokura ist erteilt dem Kaufmann Josef Edward Erhard Kellig in Burgstädt. Er ist befugt, die Firma nur in Gemeinschaft mit einem Handlungsbevollmächtigten zu vertreten;

16. auf Blatt 8894, betr. die Firma Hähig & Co. Strumpf-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz; Richard Wally Hausbold ist als Geschäftsführer ausgeschieden;

17. auf Blatt 9011, betr. die Firma Hungenes & Bierel Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz; Die Prokura von Werner Hungenes ist erloschen. 7180

Kmktgericht Chemnitz, Abt. E.







### Dresden.

#### Die Dezembermiete.

Berechnung nach Goldmark.

Das Wohnungswesen teilt uns mit: Infolge der Geldentwertung ist eine Mietnachzahlung für Dezember erforderlich. Die Nachzahlung beträgt auf das Jahr berechnet 10 Proz. der Grundmiete, veranschlagt mit dem amtlichen Goldmarkkurs vom 24. November d. J. Das bedeutet, daß auf je 100 M. Grundmiete für Dezember rund 83 Goldmark zu zahlen sind. Danach wären bei einer Grundmiete von 300 M. für Dezember 24 900 Goldmark, bei einer Grundmiete von 1000 M. 83 000 Goldmark zu zahlen. Die jeweilige Untermiete für möblierte Räume wird voraussichtlich 20 Proz. der monatlichen Grundmiete, veranschlagt mit dem Goldmarkkurs vom 24. November d. J., betragen. Für Wäpfergehäuse treten hierzu weitere 2 Proz. der Grundmiete veranschlagt mit dem gleichen Goldmarkkurs. Das bedeutet, daß für ein möbliertes Zimmer, das vor dem Kriege monatlich 25 M. gekostet hat, für Dezember 5 Goldmark und mit Wäpfer 5,50 Goldmark zu zahlen sind. Heizöl, Beleuchtung, Heizung und dergleichen sind daneben besonders zu vergüten. Die leer vermieteten Räume sind 8,5 Proz. der monatlichen Grundmiete, veranschlagt mit dem gleichen Goldmarkkurs und einem Zuschlag bis zu 25 Proz. zu zahlen. Die endgültige Höhe der Höhe wird nach bekanntgegeben.

#### 1 Liter Vollmilch 264 Milliarden M.

Von heute an beträgt der Verkaufspreis für Vollmilch für das Liter: im Einzelhandel . . . 264 Milliarden, im Großhandel . . . 230 Milliarden.

Für das Zubehören der Milch im Haus oder bei Verkauf ab Wagen kommt noch ein Zuschlag von 2 Milliarden Mark für das Liter hinzu.

Wassergutscheine werden von heute ab auch an den Kassenstellen des Haupt-Bades Werktag in der Zeit von 2 bis 6 Uhr abgegeben.

Wieder- und Kohlenhilfe. Das Liebeswerk, das vor etwa sechs Wochen ins Leben gerufen wurde, um den Bedürftigen und den verlassenen Armen die so nötige Hilfe angeheißt zu lassen, beginnt bereits leuchtend zu wirken. Der Ruf ist nicht erfolglos verhallt, denn fortgesetzt laufen Spenden aller Art ein. In der Zentralstelle Reichsamt Gehr. Reichsd. bis 17. November 90 Millionen 465 Milliarden 835 Millionen 229 000 M. eingegangen. Darunter befinden sich größere Summen in deutscher Goldmark, Gold- und Rentenmark, Roggenanleihe, Industriekartons aller Gattungen, aber auch Geldsummen in ausländischen Währungen. Bei Generalkonsul Wilhelm Kaufmann, dem Vorsitzenden des Arbeitsausschusses, sind vom 15. Oktober bis 15. November 28 Millionen 176 Milliarden 275 Millionen, darunter auch bulgarische, belgische, schwedische Gelder, sowie vom 3. bis 16. November über 100 Zentner Kohlen und Weizen, über 10 Ztr. Kartoffeln und jahreslange Kleider, Schuhe, Mantelstoff und dergl. eingegangen.

Schiffahrt Ostpreußen. Die Heimat jenseits der schiffbaren Grenzen zu schauen und eine der schönsten Gegenden Deutschlands kennen zu lernen, das der Vortrag Gelegenheits, den Prof. Franz Goerke-Berlin im Rahmen der Heimatjahrbuchende hielt. Auf einer Reise durch das Weichsel, allerdings in schlechteren Tagen, konnte man dem Heberungsgenossen sein unter seiner ständigen Führung das reizvolle Weichsel, den Weichselstrand und die biedersten Weichseler besuchen. In Trier, einer der ältesten und an Geschichte so reichen Städte Deutschlands, begannen Fahrt und Wandlung; ruhig tragen die dunkelgrünen Hüten das schmale Schifflein an den Ufern umher zu den Bergen, auf denen die Sonne jenseits derliche Gewächse reifen läßt, das um heute nur noch in der Gärung liegt. Schönheitsstrahlen rufen das Auge auf den alten Burgen und Klostermauern, den malerisch gelegenen alten Städtchen und Dörfern und Namen von diesem Range zu sehen in der Erinnerung auf: Eifel, Weichsel, Traben-Trarbach, Cochem, Rüdingen u. a. m. In Kotten, wo die Weichsel sich dem Rheine vermischt, endet die Reise und umgibt sie: man von diesem lieblichen Lande.

Die Geschäftsstelle für gute Jugendliteratur. Dr. Neuf, Nachschaffstr. 35, I. (13. Volkshaus) ist mit Ausnahme der Ferien jeden Freitag von 11 bis 1 und 5 bis 7 Uhr geöffnet. Sie ist für Lehrer, Eltern, Vereinsmitglieder und auch für die Eltern die beste Beratungsstelle. Bei den jetzigen Bücherpreisen sollte sich vor Anschaffung eines Buchens jedes jenseits dort sachmännlichen Rat einholen. Die mit den Büchereien der Jugendbücherei-Kommission des Sächsischen Lehrervereins verbundene Geschäftsstelle ist inlands, Weichsel und unterhaltende und belehrende Jugendbücherei aller Art für jede Altersstufe, auch sehr viele Neuerscheinungen zur Einsicht vorzulegen. Die empfindlichen Bücher liefert jeder Buchhändler bei rechtzeitiger Bestellung.

Zum Wiederaufbau der Kreditor Kinderheimstätte. Auf Anregung des Verwaltungsrates der Stiftung Kinderheimstätte sind vor kurzem eine Besprechung zu dem Zwecke statt, einen Verbandsausschuß zu bilden, dessen Aufgabe die finanzielle Beschaffung der Mittel zum Wiederaufbau der zurzeit stillgelegten Kinderheimstätte ist. Die Sitzung wurde mit dem Bescheide geschlossen, daß durch die tätige Mitarbeit eines jeden einzelnen der Zweck, die Anzahl im Interesse unserer gefährdeten Jugend bald wieder zu erhöhen, baldig erreicht werden möge. Die Geschäftsstelle des Verbandsausschusses befindet sich Ringstraße 49, II, Fernsprecher 17529, 19323.

### Unter Trümmern.

Mit laminierter sich steigender Gewalt hat die Geldentwertung der letzten Monate die deutsche Wirtschaft erfasst. Ob jetzt, nach der Ausgabe wertbehafteten Geldes, die Gefahr abgewendet ist, kann noch nicht übersehen werden. Zu groß sind die Schäden wirtschaftspolitischer Schäden und währungsrechtlicher Unterstellungen. Das individuelle Augenblicksinteresse erweist sich so stark wie kurzfristig gegenüber den nach Festigung der Währung dringenden von Augenblicksergebnissen nicht gebundenen Maßnahmen. Bis weit in das vorige Jahr hinein verhalten noch Sachverständige des Finanzkapitals den Standpunkt, daß sich die sinkende Währung als guter Motor deutschen Exportes bewähren könne und weiter bewähren werde, die Stabilisierung der Mark aber Deutschlands Wirtschaft zum Niederknicken bringen müsse. Finanz- und Industrieexperten, die, vermittels einer künstlichen Papiermarktschöpfung, die Geldentwertung als Dampfschiffahrt ihrer Substanzvermehrung benutzten, haben in jedem Besitze einer Währungsreform. Die Zentralbankpolitik aber folgt der Theorie der Papiergeldentwertung zur Behbung der auf Inflation beruhenden Geldknappheit. Soziale gab man sich die Hoffnung hin, daß durch Kaufkraft größerer Nominalwerte auf kleiner Papierformat nicht nur die Entwertung des Geldes unter dem Wert des Papiers Herr zu werden, sondern auch der Preis der Inlands mit den unerlässlichen Faktoren gründe Sicherheit geben zu können. So kam der Währungsreform der Inflationspolitik, deren Folge die Wertentwertung des Dollars und schließlich die völlige Wertlosigkeit der Mark war.

Die Inflation begann mit dem 4. Mai 1914, dem Tag der Ausgabe der Kriegsgeldscheine, die nur durch Papierdruck beschafft werden konnte. Kriegsanleihe und Gebirgsausweitung während des Krieges waren zunächst äußere Ursachen der Inflation, die aber mit der Länge der Kriegsdauer immer mehr verlagerte. Die gewaltigen Einschränkungen des früheren deutschen Wirtschaftsgebietes, die Schmelzung der Basis der deutschen Rohstoffproduktion, die Auslieferung der deutschen Handelsflotte, die Kaskierung der deutschen Auslandsinvestitionen, die Leistung für Belagerung und Reparationen und vor allem die Saumseligkeit in der deutschen Erzeugungsgeldgebung hobten die Währung immer mehr aus. Trotzdem währte es geraume Zeit, ehe der Dollar Kurs erstmalig eine weitausgehende Zahl erreichte. Aber wie die nachfolgende Aufstellung in graphischer Anschaulichkeit zeigt, ging die

räumliche Ausweitung der Kursdifferenz des Dollars parallel mit einer immer bedrohlicher werdenden Einengung des Zeitraumes der Verhartung auf einer nach Jahren messbaren Kurze. Es liegt der Dollar am

24. 3. 19	1696 Tage (seit 4. 8. 14)	11
16. 9. 21	909	100
15. 8. 23	339	1639
10. 1. 23	145	10234
14. 6. 23	158	197780
30. 7. 23	46	1697205
13. 8. 23	14	16274256
17. 9. 23	34	131869500
9. 10. 23	22	1197000000
19. 10. 23	10	11970000000
1. 11. 23	12	129675000000
14. 11. 23	10	1256850000000

Bis zur Erreichung der ersten zweifelhafte Kursdifferenz, also bis zur Preisverdreifachung des ehemaligen Dollarfußes verstrichen 1696 Tage. Die zweite Stufe, obwohl sie ein zweierhalb mal so große Entwertung brachte, umfaßte nur die reichliche Hälfte dieser Zeit, nämlich 909 Tage. Bis zur nächsten Stufe verstrich die Zeit um weniger als die Hälfte der vorhergehenden. Von einer Verzehnfachung zur anderen verstrich

sich die Zeit um die Hälfte und mehr, bis sie schließlich auf 10 Tage sank. So sich Ausnahmen zeigen, haben wir es mit großer, unter veränderlichem Aufwand von Geld und Devisen vorgenommenen Säuptionsaktionen zu tun gehabt. Ähnlich den Fallgelegen der Physik, wonach ein ungeschwundener Körper von Sekunde zu Sekunde größere Räume durchdringt, rasch auch die Mark mit immer größerer Geschwindigkeit abwärts.

Jetzt wird der Dollar amtlich mit 4,2 Billionen Mark notiert, aber für die Kaufkraft der Mark selbst ist auch diese Notierung durchaus nicht maßgebend. Betrachtet man die Goldmarkpreise, so es auf dem Lebensmittelpreis oder dem Bekleidungspreis, so finden wir eine Verbilligung gegenüber den Vorkriegspreisen. Dies einige Zahlen. Es folgte nach den

#### Durchschnittsberechnungen

der höchsten Landesstelle für Statistik vom 19. November 1923 in Dresden ein Kilogramm

in Mark	in Goldmark	in Reichsmark	in Prozent
Roggenbrot . . .	250	41,67	24,90
Weizenmehl . . .	540	90,00	43,00
Wurst . . .	600	100,00	48,10
Weizengröße . . .	620	103,33	46,20
Kaffeebohnen . . .	600	100,00	42,50
Rindfleisch . . .	600	100,00	51,70
Erdbeeren . . .	840	140,00	49,30
Hühnerfleisch . . .	780	130,00	40,90
Rindfleisch . . .	3800	633,33	177,80
Schweinefleisch . . .	4000	666,67	179,97
Erdbeeren . . .	7200	1200,00	177,18
Margarine . . .	1200	200,00	176,00
Aufl. Schmalz . . .	2400	400,00	173,60

Abgesehen von Brot und Margarine haben wir also bei allen diesen für den täglichen Gebrauch unerlässlichen Lebensmitteln Preissteigerungen auf das Doppelte bis fast auf das Dreifache erreicht. Man damit die Löhne und Gehälter in Goldmark zu maß das Schlimme beäugelt werden. Kommt hinzu, daß sich an der Basis von etwa 80 % der Vorkriegspreise im Inland zu stellen. Verdrängung bis zur Lebenshaltung der Preise für die notwendigen Lebensbedürfnisse bei Kürzungen der Vorkriegspreise um 20 % bedeutet Schmälerung der Kaufkraft um 50 bis herunter auf 15 %.

Erliche, ohnehin dringender Bedeutung aber nicht nur Schmälerung der Ernährungsbasis, sie sind auch eine Gefahr für die deutsche Wirtschaft. Diese ist jetzt mehr denn je auf möglichst großen Inlandsbedarf angewiesen. Je mehr jedoch die Kaufkraft der großen Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger zusammenschrumpft, desto geringere Warenmengen werden für dem Markte zu entnehmen. Wo aber kein Absatz ist, kann auch keine Produktion blühen. Bei alledem darf nicht außer acht gelassen werden, daß von dieser Seite der Wertbehaftigkeit der neugeschaffenen und jetzt in etwas breiteren Maß sich in die Inflation einfließend wertbehaftigen Zahlungsmittel große Gefahr droht. Vor dem Kriege war der Geldumlauf im Durchschnitt etwa 2 1/2 Milliarden Goldmark und davon 2 1/2 Milliarden in Goldmünzen und 1/2 Milliarden in Silbermünzen. Heute ist die Produktion auf einen Bruchteil der Vorkriegszeit zurückgegangen und wird durch die Inflation der Reallohn noch weit reduziert. Je begrenzter aber die Menge der im Umlauf befindlichen Güter ist, desto mehr muß auch der Geldumlauf begrenzt sein. Goldmünzen ziehen sich der Schrumpfung der Zirkulation vom Umlauf zurück, Papiergeld wird sich aber trotz aller Sicherung immer wieder auf den Markt drängen und, falls mehr im Umlauf ist, als die Zirkulation umbringen benötigt, der Entwertung verfallen. Diese Erkenntnis ist durch die Währungsverfall in Europa weitest gekommen, sie wird sich jedoch kaum in größerer Geringfügigkeit zur Zahlung auskömmlicher Löhne und Gehälter umwandeln.

### Volkswirtschaft und Handel.

#### Wirtschaftszahlen vom 23. November.

Zollarsatz 4200 Milliarden, Goldmark 1000 Milliarden, Reichsrichtmaß für Lebensm. 831 Milliarden (+ 280,3 %), Sächs. Richtmaß 888 Milliarden (+ 335,3 %), Großhandel 1413 Milliarden (+ 432,1 %), Goldanfangspreis 20 M. - 19 257,5 Milliarden, Silberanfangspreis 1 M. - 230 Milliarden, Steuern- und Eisenbahn-Schuldenzahl: 1000 Milliarden.

#### Die Reichsindexziffer.

In der letzten bekanntgegebenen Reichsrichtmaß heißt die Steigerungszahl gegen die Vorwoche richtig 280,3 Proz. (nicht 380,3 Proz.).

#### Die amtliche Großhandelsindexziffer.

Die auf den Stand des 20. November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ergibt, bei einem amtlichen Dollarkurs von 4,2 Millionen M., das 1413 Milliardenfache des Friedensstandes und ist gegenüber dem Stande vom 13. November (265 Milliardenfache) um 432,1 % gestiegen. Das Weltniveau der Großhandelsindexziffer (1913 = 100) hat sich gleichzeitig von 182,8 auf 141,3 oder um 6,1 % gehoben. Von den Hauptgruppen stiegen die Lebensmittel (im Großhandel) um 449,3 % auf das 1333 Milliardenfache (133,3 Gold), davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln um 427,4 % auf das 1608 Milliardenfache (100,9 Gold), die Industriehölzer um 406,8 % auf das 1568 Milliardenfache (156,4 Gold), davon die Gruppe Kohlen und Eisen um 393,5 % auf das 1592 Milliardenfache (159,3 Gold), ferner die Einrichtungsgegenstände um 427,4 % auf das 1608 Milliardenfache (160,9 Gold) und die Zahlungsmittel um 433,2 % auf das 1374 Milliardenfache (137,4 Gold).

#### Die Güte des Notgeldes.

Die durch die Presse veröffentlichte Nachricht, daß die Reichsbank von heute ab an ihren Kassen Notgeld nicht mehr ausgeben, ist in der Bevölkerung dahin verstanden worden, daß das Notgeld minderwertig sei und kein Vertrauen verdiene. Demgegenüber wird amtlich erklärt, daß diese Auffassung falsch ist. Der Beschluß der Reichsbank beruht auf inneren Gründen und steht mit der Güte des Notgeldes in keinem Zusammenhang. Das Notgeld, das den Aufbruch trägt, ausgegeben mit Genehmigung des Reichsamtes der Finanzen, ist durch Goldanleihen und Reichsbankanweisungen in voller Höhe gedeckt. Die Deckung ist bei der Reichsbank hinterlegt und durch

### Stadtverordnetenversammlung.

In der gestrigen Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums wurde eine Mitteilung des Rates über das Ergebnis der bei den Schulen gehaltenen Umfrage über

Erkrankungen und Chymatosenfälle von Kindern infolge von Unterernährung entgegengenommen. Danach sind von insgesamt 57 692 Volksschulkindern 561 wegen Nahrungsmangel dem Unterricht ferngeblieben und bei 293 Kindern Chymatosenfälle und Erkrankungen beobachtet worden, zusammen 854 Kinder - 1,48 v. H. - In dem Bericht von den Stadtverordneten gestellten Antrag wegen Schaffung kommunaler Einrichtungen zur

#### Sicherung der Brotversorgung

und Überwachung der Brotpreisbildung teilt der Rat mit, daß er, mit Rücksicht darauf, daß durch die getroffenen Maßnahmen und die Erklärungen der Brotfabrikanten und Bäcker die ordnungsmäßige Verteilung des Brotes gesichert scheint, beschlossen habe, zurzeit von besonderen Nationalmaßnahmen abzusehen, für die Wiederherstellung ähnlicher Verhältnisse aber die nötigen Maßnahmen vorzubereiten. Das Kollegium beschloß hierzu, den Rat zu ersuchen, die Kommission zur Festsetzung des täglichen Brotpreises durch Einziehung von Vertretern der Verbraucher zu erweitern. - In der weiteren Mitteilung des Rates, daß das Bezirkskollegium I dem Gehalt des Elternrates der 4. Volksschule um Zulassung eines Vertreters des Elternrates zu den

#### Individualistischen Untersuchungen

und um Erteilung der Ermächtigung zur Einreichung in die über die Schulförder gestifteten Unterlagen nicht hat gegeben habe, wurde ein Kinderheimgeheimnissen angenommen, dahin gehend, den Rat zu ersuchen, in allen Schulen die Bildung von Kommissionen nach den schulmäßigen Gesetzen vom 17. 10. d. J. anzuerkennen, sowie den Eltern alle schulförderlichen Untersuchungen anzuerkennen und einem weiblichen Elternratsmitglied die Anwesenheit bei den Untersuchungen zu gestatten. - Weiter nahm das Kollegium Kenntnis von der Mitteilung des Rates, daß er auf den Antrag der Stadtverordneten wegen Aufstellung eingehender Plannamen für die künftige

#### Anpassung des Pappplatzes

beschlossen habe, die Weiterbearbeitung des Anpassungsplanes bis auf weiteres aufzuschieben. - Ein Tringlichkeitsantrag, den Rat zu ersuchen, gegen die Maßnahmen der Städtischen Straßenbahndirektion, bezügl. die Erteilung der Lizenz für gegen entsprechende Nutzung des Gehalts von unfähigkeitsberechtigten Beamten, Einspruch zu erheben, wurde dem Verwaltungsausschuß und Rechtsausschuß überwiesen.

\* St. Pauli-Friedhof. Am Donnerstag nachm. 1/2 4 Uhr wird der gemalte Chor des St. Pauli-Friedhofes in Dresden Nord wieder Chöre zum Gedächtnis der Toten öffentlich singen.

\* Totengedenkfeier. In der nächsten Feiertagswoche findet am Totensonntag, den 25. d. M., nachmittags 4 Uhr, eine Totengedenkfeier statt.

### Aus Sachsen.

#### Vom Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Die Finanzämter haben in den letzten Monaten Nachprüfungen des Steuerabzugs vom Arbeitslohn in den einzelnen Betrieben vorgenommen. In einer größeren Anzahl von Fällen ist das Strafverfahren eingeleitet worden. Es hat sich gezeigt, daß dem Steuerabzug vielfach noch nicht die nötige Beachtung geschenkt wird. In manchen Betrieben haben die Arbeitgeber die Vornahme des Steuerabzugs in die Hände der Betriebsräte gelegt. Es ist selbstverständlich, daß sie sich hierdurch von ihrer strafrechtlichen Verantwortung und ihrer Haftung nicht befreien können.

Bereits wurde beobachtet, daß Geschäftsführer von Gesellschaften mit beschränkter Haftung, wenn sie gleichzeitig Gesellschaftler waren, die Meinung verteilten, sie würden nicht im Dienste der Gesellschaft und seien deshalb nicht lohnsteuerpflichtig. Diese Auffassung ist selbstverständlich irrig. Auch diese Geschäftsführer unterliegen mit ihrem Einkommen aus der Geschäftsführung dem Steuerabzug.

Rechtsdirektoren, Geschäftsführer usw. wurden oft hohe Aufwandsentschädigungen gezahlt und inwieweit vom Steuerabzug gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 34 des Einkommensteuergesetzes freigestellt. Es sind aber Aufwandsentschädigungen nur in dem Umfange steuerfrei und dem Steuerabzug nicht unterworfen, als sie, nach ausdrücklicher Vereinbarung zur Befreiung des durch den Dienst der Auftrag zur Befreiung des Aufwands gewährt werden und über den Betrag des tatsächlich erforderlichen Aufwandes nicht hinausgehen. Auf Angemessenheit dieser Aufwandsentschädigungen wird besonders geachtet werden müssen.

Wichtig wurde der Steuerabzug nicht vom Bruttolohn, sondern von dem um die Versicherungsbeiträge gekürzten Einkommen gemacht. Dies ist unzulässig, weil die Versicherungsbeiträge durch die Werbungskostenpauschale mit als abgezogen anzusehen sind.

Weiter wurden mitunter Einkommensbeiträge, lediglich weil sie nicht die ausdrückliche Bezeichnung als Gehalt oder Lohn führen, dem Steuerabzug nicht unterworfen. Auch solche Beiträge unterliegen dem Steuerabzug, wenn sie ein Entgelt für geleistete Dienste sind, ohne Rücksicht auf ihre Bezeichnung.

Unterlassen wurde der Steuerabzug vielfach bei Geschäftsführern, da diese vielfach als selbstständige Gewerbetreibende, die dem Steuerabzug nicht unterliegen, angesehen worden sind. Geschäftsführer werden aber regelmäßig in einem festen Anstellungsverhältnis stehen, jedoch ihren Selbstständigkeit nicht zuzurechnen, so also dem Steuerabzug unterliegen.

Unterlassen haben die Arbeitgeber auch deshalb unterlassen, den Steuerabzug vorzunehmen, weil ihnen Steuerbücher nicht vorgelegt worden sind. Hierzu ist darauf hinzuweisen, daß der Steuerabzug auch in solchen Fällen vorzunehmen



